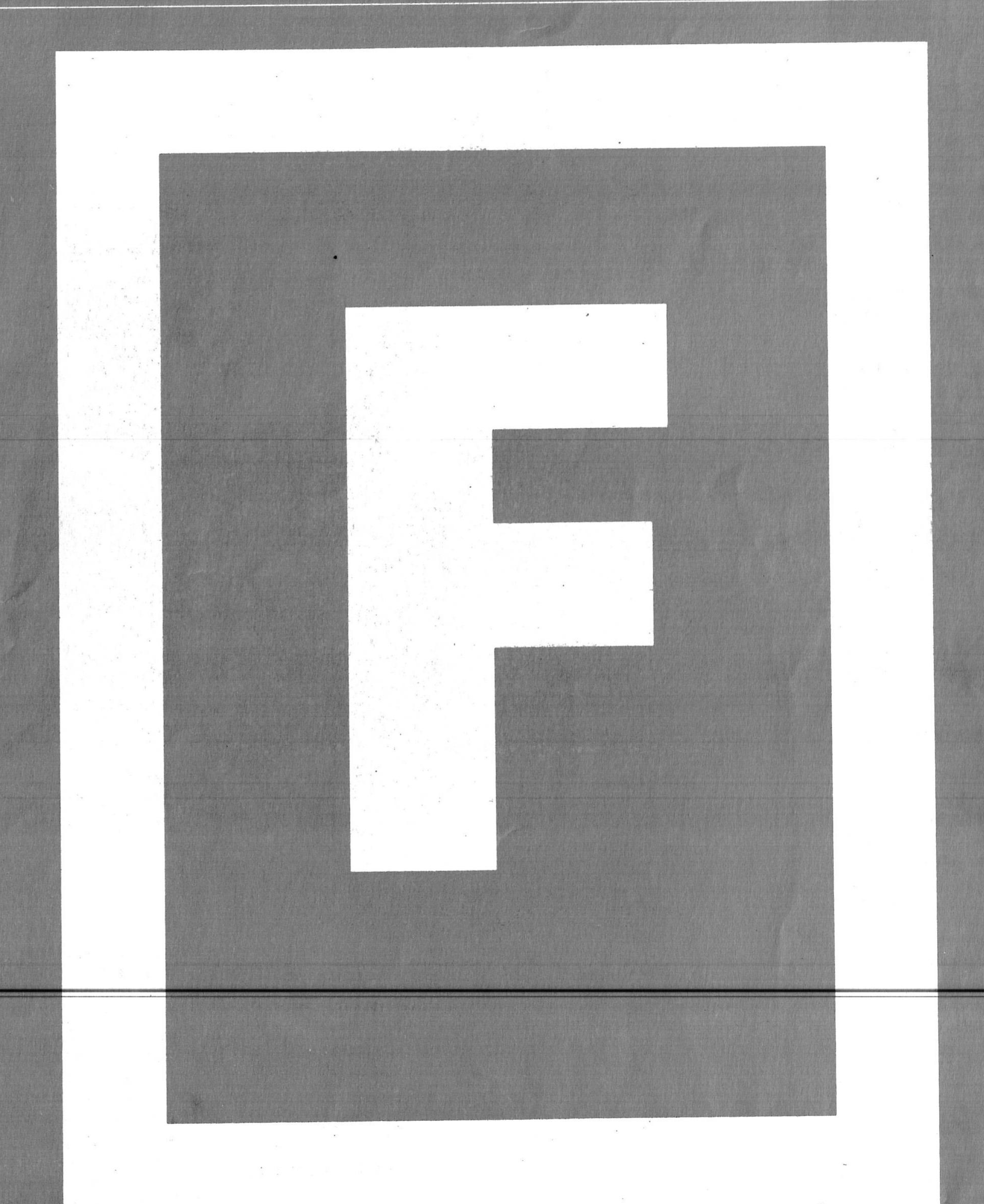
INTERIM

auswärts
3 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2,50 DM



scheiß auf's schicksal

wir machen weiter!

Nr. 359

18.1.1996

Vorwort

jede Woche ein anderes Lied. Diesmal war der Briefkasten so leer, wie noch nie in diesem Jahr. Wir sind halt keine Intelektuellenzeitung. So mußten wir mal wieder bei anderen klauen, um wenigstens 24 Seiten voll zu bekommen. Jetzt kriegt ihr Zeugs aus Bullenzeitungen und der MoPo zu lesen. Und wenn ihr nicht bald mit dem Schreiben anfangt, müßt ihr in Zukunft noch mehr Auszüge aus solchem Scheiß lesen. Oder Beweise vorlegen, was ihr sonst mit der Zeit sinnvolles anfangt.

Am Sonntag gab es bei Karl und Rosa außer vielen roten Nelken und Fahnen auch noch blutige Köpfe; die Strategie der Büttel, eine große linke Bündnisdemonstration zerschlagen zu wollen ist oberplatt. Wir sehen uns in einem Jahr an den Gräbern von Karl und Rosa.

Inhalt



HOSEN RUNTER hieß es vor dem Erkundungsbergwerk: Über 30 reisende Handwerksgesellen versammelten sich dort, um gegen die Atompolitik der Bundesregierung zu protestieren – einige der Anwesenden verrichteten auf der Straße ihre Notdurft. Aufn.: A. Blütli

was wir brauchen:

- geldspenden:
  flora e.V.
  postgiroamt hh
  kto. 29 492-202
  blz. 200 100 20

- heizmaterial (kohlen/ holz/ öl)
- baumaterial
- lebensmittel
- papier
- stühle und tische

- köpfe
- hände
- schaffensdrang

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Ordner:
Brief an Leute mit Geld vom Anti-Repressionsbüro
Rote Lotte aus Hannover

Einige „freundliche" Antworten an Jonny Weißmüller (s.Interim351)

Es hat ein bißchen gedauert, bis wir unsere Gedanken zu deinen Fragen/ Vorwürfen/ Unterstellungen sortiert hatten und auch die grundsätzliche Frage entschieden war, ob wir über jedes Stöckchen springen müssen, das uns hingehalten wird; für diesmal haben wir uns entschieden, wir springen.

In der Auseinandersetzung um XY wurden wir ausdrücklich als Schwule Antifa aufgefordert, uns zu äußern. Offensichtlich sind wir als Schwule gefragt und antworten dann auch als Schwule.
Das klopft natürlich Identitäten fest und bringt uns in Stellvertreterpositionen, worüber einige von uns nicht so glücklich sind, aber tatsächlich gibt es einige biographische und aktuelle Gemeinsamkeiten, die uns sensibel werden ließen und lassen für Homophobie.
Und so ein Wort wie Kinderficker im Zusammenhang mit einem tätlichen Angriff auf einen Schwulen kommt dem schon ziemlich nahe, auch wenn es in der Auseinandersetzung nicht um Schwulenfeindlichkeit, sondern um Mißbrauch geht.
Aber die Weigerung der AngreiferInnen, zwischen Kindern und Jugendlichen zu unterscheiden - wie auch du, Jonny - ebenso wie die Weigerung, sich dazu zu erklären, läßt uns an einer überlegten Aktion zweifeln und dann kommen bei uns schon Vermutungen auf, daß das auch was mit Haß gegen Schwule zu tun hat.

Was wir aber ganz ärgerlich fanden, war deine Bemerkung über den Bärendienst, den wir da „allen Schwulen (mit Ausnahme der päderastischen)" leisten. Dieser versteckte Vorwurf des Täterschutzes, der deinen ganzen Text durchzieht, ohne ihn einmal offen auszusprechen, mit dem Hinweis auf die anständigen Schwulen, die wir damit gefährden, ist eine Sauerei ohne gleichen.
Wenn wir Täterschützer sein sollten, dann kann das ja wohl nicht eine Rechtfertigung für Heteros sein, mehr oder weniger schwulenfeindlich zu sein, sondern dann ist das uns anzukreiden.
Aber daß wir damit der Homophobie Vorschub leisten, ist ein genauso schwulenfeindlicher Satz wie der Vorwurf an die Tunten, sie würden die Vorurteile der Heteros über Schwule nur bestätigen und sollten das doch bitte lassen, damit Schwule endlich integriert werden können mit Homoehe oder staatlich beglaubigter Partnerschaft.
Überhaupt spricht da aus deinem ganzen Text eine Ignoranz gegenüber schwulen Biographien (garniert mit solchen Frechheiten wie den angeblich so antipatrichalen Schwulen), von Biographien, die uns selbst aus einer zwangsheterosexuellen Normalität hinauskatapultiereten und die bei uns oft erstmal spontane, aber natürlich auch inhaltliche zu begründende und zu hinterfragende emotionale Solidarisierung mit anderen schrägen, fragwürdigen Formen von Beziehungen und Sexualität schaffen.
Was wir auch ätzend fanden an deinem Text, ist die Heuchelei, ständig von laufender Diskussion zu reden, aber längst das Urteil fix und fertig in der Tasche zu haben, und tatsächlich geht es nur noch darum, ob es sich ohne oder mit Raußschmiß von XY aus Strukturen durchziehen läßt.
Da gibt es keine Offenheit oder wenigstens Zweifel, vor allem auch keine Selbstzweifel, da läuft nur ein Machtkampf ab und du verhärtest die Fronten.
Jetzt noch was „Konstruktives": Den Spruch: „Früher ist vielleicht mal was schiefgegangen, aber heute bin ich erfahrener." kannten wir nicht, überhaupt kennen nur wenige aus unserer Gruppe XY persönlich, aber das trifft vieles auf den Kopf. Wir würden das allerdings nicht nur als Pädophilen-, sondern als klassische Männerposition beschreiben, wie Männer ihre sexuellen (Gewalt-)verhältnisse zu Frauen legitimieren, sich als die tollen Typen hinstellen, die was gelernt haben und wo jetzt nix mehr passieren kann. Gibt's natürlich bei Schwulen auch, aber eben auch anders, weil' zwei Männer sind, die sich das antun.
Darüber sollten wir reden, über Männersexualität, die Gewalt, die Scheiße, die Lust, so konkret wie's geht, damit sich konkret was bei uns ändert - und nicht das Dogma gerettet wird.

Noch eins zum Schluß:
Wir relativieren keinen Mißbrauch und keine Vergewaltigung, den Opfern gehört unsere uneingeschränkte Solidarität. Genauso wie alle Männer potentielle Vergewaltiger sind, sind alle Päderasten potentielle Mißbraucher. Das ist und bleibt so generell richtig in einer Gesellschaft mit Männerherrschaft und Entmündigung von Kindern und Jugendlichen.

Aber konkret zieht sich keiner (= kein Mann) den Schuh an und redet über die Bedingungen, unter denen Beziehungen unter ungleichen PartnerInnen lebbar sind. Damit sollten wir anfangen.



Schwule Antifa, Januar 1996

PS: Über das Stöckchen von Paul (Interim 356) springen wir nicht.

Die Veranstaltung ist nicht immer leicht verdaubar, gerade für Betroffene. Wir haben deshalb u.a. Tauwetter (Anlaufstelle für betroffene Männer) gebeten einen Infotisch zu machen und als Ansprechpartner zur Verfügung zu stehen.

Was fehlt:

In dieser Veranstaltung geht es vorrangig um Jungen, bzw. Männer, die in ihrer Kindheit sexueller Ausbeutung unterworfen waren. Damit kein schiefes Bild entsteht, wollen wir deshalb noch mal ausdrücklich betonen: **Die meisten Opfer sexueller Gewalt sind Mädchen und Frauen und die Täter sind allermeistens Männer!** Das ist der patriarchale Alltag. Wenn wir in solch einer Veranstaltung über Jungen als Opfer reden, dann weil wir, gerade auch als Männer, uns damit bisher zuwenig auseinandergesetzt haben, und nicht, um Tatsachen zu verdrehen.

Natürlich paßt in solch eine Veranstaltung viel zu wenig rein. Wir haben deshalb einen **Reader** erstellt, in dem die Beiträge dieser Veranstaltung (teilweise in ausführlicherer Form) und andere Texte zum Thema sind.

Übrigens:

Wir haben keine Lust, auf dieser Veranstaltung mit Pädophilen zu diskutieren. Wir haben zu ihnen keine Toleranz und Offenheit. Auf ihrer Seite ist es mit Sicherheit genauso. Es würde also nur einen rhetorischen Schlagabtausch geben.

Die Vorbereitungsgruppe

DIE

"KINDERFREUNDE"

EINE VERANSTALTUNG ZU/GEGEN PÄDOPHILIE, PÄDERASTIE UND SEXUELLEM MIßBRAUCH (AN JUNGEN)



SA. 27.01.96
20.00 UHR
EX GNEISENAUSTR. 2A
U-BHF MEHRINGDAMM

Die Vorgeschichte der Veranstaltung:

Seit dem Frühjahr letzten Jahres gibt es in der Szene eine erneute Diskussion um Pädophilie, Päderastie und sexuellen Mißbrauch an Jungen. In dieser Diskussion gab es bisher zwei Stränge: die Auseinandersetzung um einen konkreten Fall (XY) und die grundsätzliche Diskussion. Der zweite Strang ist unserer Meinung nach zu kurz gekommen; deshalb machen wir diese Veranstaltung. Wir, das sind einige Männer aus dem Männercafe, die seit dem Spätsommer ausführlicher an diesem Thema diskutieren. Um es noch mal klar zu stellen: Wir wollen auf dieser Veranstaltung nicht über XY oder andere konkrete Fälle diskutieren, sondern grundsätzlich.

Worum soll es gehen, Begriffe und Kernthesen:

Wir definieren den Begriff **Pädophilie** als sexuelle Orientierung Erwachsener auf Jugendliche und/oder Kinder. Über das Geschlecht der betreffenden Kinder und der Erwachsenen sagt der Begriff nichts aus. Päderastie sagt im Gegensatz dazu sehr wohl was über die geschlechtliche Konstellation aus: Bei **Päderastie** handelt es sich um eine sexuelle Orientierung auf Kinder/Jugendliche des gleichen Geschlechts. Päderasten sind also eine Untergruppe der Pädophilen. Der dritte Begriff, der in diesem Zusammenhang immer wieder auftaucht ist Sexueller Mißbrauch an Kindern/Jugendlichen.

Sexueller Mißbrauch oder besser **sexuelle Ausbeutung von Kindern/Jugendlichen** liegt dann vor, wenn Erwachsene Kinder /Jugendliche zur Befriedigung ihrer sexuellen Bedürfnisse benutzen, oder wenn gleichaltrige oder ältere Jugendliche/Kinder andere unter Anwendung körperlicher oder psychischer Gewalt zu sexuellen Handlungen zwingen. Nach derzeitigen Schätzungen (genaue Zahlen kann es bei dem Thema kaum geben) wird ca. jedes vierte Mädchen und jeder sechste bis zehnte Junge Opfer sexueller Gewalt. Die TäterInnen sind überwiegend männlich (ca. 90 - 95%). Gerade bei Jungs zeichnet sich aber ab, daß der Anteil der weiblichen TäterInnen höher liegt.

Pädophilie ist nichts anderes, als der Wunsch Erwachsener, ihre sexuellen Beziehungen immer wieder im Machtgefälle zu Kindern/Jugendlichen zu leben. Diese Struktur ist sexueller Mißbrauch. Auch, wenn nicht jede Beziehung eines Pädophilen zu Kindern/Jugendlichen automatisch sexueller Mißbrauch ist, so führt Pädophilie doch über kurz oder lang dazu.

Pädophilie ist ein Ausdruck patriarchaler Struktur und Denkweise, in der Selbstwertgefühl und Lustgewinn auf der Unterwerfung anderer basieren. Für Pädophile spielt dabei die relativ größere Beeinflußbarkeit und Formbarkeit von Kindern und Jugendlichen eine große Rolle. Konsequenterweise werden Kinder/Jugendliche dann, wenn sie zu Erwachsenen werden, d.h. wenn ihnen in der patriarchalen Hierarchie nicht mehr die Rolle der Unterlegenen, der zu Formenden und Erziehenden zuzuordnen ist, für Päderasten uninteressant.

Wir denken, daß mit der Kategorie **Kinder/Jugendliche** heutzutage zwei Sachen gemeint sind: Einerseits eine bestimmte Phase in der körperlichen und psychischen Entwicklung eines Menschen, - und andererseits eine gesellschaftliche Rolle und Position. Pädophile und Päderasten nutzen also zweierlei Machtgefälle aus: Zum einen ihren Erfahrungsvorsprung aufgrund ihres höheren Alters, zum zweiten ein patriarchales Unterdrückungsverhältnis. In diesem Zusammenhang finden wir demzufolge den Unterschied zwischen Erwachsenen einerseits und Kindern und Jugendlichen andererseits wichtiger, als den Unterschied zwischen Kindern und Jugendlichen.

Der Ablauf der Veranstaltung:

Wir würden gerne erstmal unsere Beiträge halten und hinterher über das Ganze diskutieren. Gerade im ersten Teil vor der Pause ist es uns wichtig in Ruhe reden zu können, da uns das Vortragen dieser Beiträge auch nicht immer leicht fällt.

Der Ablauf im einzelnen:

- Einige Originalzitate von Päderasten über ihre Beziehungen zu Kindern und Jugendlichen. (Wir denken, wir haben nicht sinnentstellend zitiert - die Zitate sind aus dem pädophilenfreundlichen Buch von R. Lautmann mit dem Titel: Die Lust am Kind.)
- Rückblick eines Erwachsenen auf die Beziehung, die er als Jugendlicher zu einem Päderasten hatte. (Dieser Text ist authentisch in dem Sinne, daß die Erfahrungen von mehreren Männern, die als Jungen sexuelle Beziehungen zu Erwachsenen hatten, darin eingearbeitet sind. Ort, Namen, die Rahmenbedingungen usw. sind verändert.)

- Pause

- Beiträge zu Kinderprostitution und pädophiler Organisierung

Ein Protokoll:

Freitag, der 29. Februar 1996. Die Bundesregierung tritt unter dem Druck der Massen zurück und übergibt die Macht dem gerade gegründeten Revolutionskomitee unter maßgeblicher Beteiligung altautonomer Kräfte. Dieses Komitee will natürlich keine Macht haben, gründet trotzdem erstmal aus seiner Mitte heraus eine Geschichtsaufarbeitungsgruppe, um die aktuelle historische Situation bewerten zu können, eine Vorbereitungsgruppe einer Soliparty für die Revo und eine AG Öffentlichkeitsarbeit, die sich alle gemeinsam nach langwierigen Diskussionen auf den Dienstag als vorerst wöchentlichen Plenumstermin einigen konnten.

Sonnabend nachmittag, 30. Februar. Nach dem Ausschlafen gibt es aufgrund der Dringlichkeit ein informelles Treffen im grünen Salon, das aber leider nicht beschlußfähig sein kann, da einige GenossInnen aus der Geschichtsaufarbeitungsgruppe nicht anwesend sind, weil ihnen vermutlich der falsche Raum genannt wurde. Trotzdem wird diskutiert und angedacht, ein Flugblatt an die Massen zu richten zur Erklärung, warum die Revolution jetzt notwendig war. Die Vorbereitungsgruppe einer Soliparty für die Revo möchte gerne, daß dieses Flugblatt erst gedruckt wird, wenn ihr Termin der Soliparty für die Revo klar ist, weil ja sonst eventuell durch diese Soli-party nicht genügend Kohle zur Refinanzierung der Revo reinkommt. Die AG Öffentlichkeitsarbeit schlägt noch vor, eine Presseerklärung zu verteilen. Dazu haben sie schon einige Ideen, wollen diese allerdings übermorgen auf ihrem Gruppentreffen noch weiter diskutieren, damit sie bis Dienstag beim Plenum schon Thesen vorstellen können.

Montagabend, 32. Februar, beginnt die AG Öffentlichkeitsarbeit mit einem Bericht der beim letzten informellen Gesamttreffen Anwesenden. Zwecks Beschleunigung der Thesenformulierung schlagen sie anschließend vor, eine Grundsatzdiskussion über die Revo (Sinn und Zweck? Terminwahl? Sind wir schon so weit?) begrenzt bis 11 Uhr zu führen. Daraus ergäben sich zwangsläufig kurz und knapp die Inhalte, die darin rüberkommen müssen. Aufgrund der schlechten Vorinformation der Beteiligten - ein gut vorbereitetes Einleilungsreferat hätte da geholfen - läuft das Gespräch schleppend. Es kann am Ende nur eine Rohfassung von vorläufigen Thesen in Stichpunkten formuliert werden.

Dienstagabend, 33. Februar. Plenum. Gegen dreiviertelneun sind die meisten eingetroffen. Allgemeines Schweigen bei der Frage nach einer/einem ProtokollantIn. Die Geschichtsaufarbeitungsgruppe beschwert sich zu Beginn über die schlechte Absprache des Plenumstermins, da sie sich immer mittwochs treffen und sich deshalb noch keine Meinung über die aktuellen Ereignisse bilden konnten. Zur geplanten Presseerklärung wird die Rohfassung der Thesen und eine Zusammenfassung der Grundsatzdiskussion von Montagabend vorgestellt. Nach einer kontroversen, sich zum Teil aber wiederholenden Debatte wird vorgeschlagen, mit denjenigen die Thesen gemeinsam auszuformulieren, die sich bisher darin am wenigsten wiederfinden. Termin dieser AG ist Freitagabend - so rechtzeitig, damit noch vor dem nächsten Plenum einige Leute daraus einen ersten Entwurf der Presseerklärung schreiben können. Zum Massenflugblatt wird mangels anderer Ideen beschlossen, die Presseerklärung abzuwarten, um diese dann noch sprachlich etwas zu vereinfachen zum Zwecke besserer Vermittelbarkeit. Nächste Woche will die Vorbereitungsgruppe einer Soliparty für die Revo ihren Plakatentwurf für die Soliparty für die Revo auf dem Plenum vorstellen und - wenn möglich - absegnen lassen, da die verbale Beschreibung ihrer Ideen nicht allen einleuchtend ist (einige Schattenrisse als Symbol für die Massen, Häuserfronten für die Anonymität, eine erhobene Faust für die Radikalität, einige Highlights der letzten Jahrzehnte - dafür suchen sie noch Bilder, bitte schaut in eure Archive -, ein düsteres Grau und ein heiteres Türkis für die Dialektik, ein fetziger Aufruf zur Party, ein kurzer Text zur inhaltlichen Erklärung - ca. 4000 Zeichen, eventuell die Presseerklärung -, dies alles etwas schräg als Zeichen des Aufwärtsgehens).

Freitagabend, 36. Februar. Treffen zur Ausformulierung der Thesen für die Presseerklärung. Nach Gesprächen an den jeweiligen WG-Frühstückstischen werden einzelne Sätze aus der Rohfassung wegen ihrer zu eindeutigen Stellungnahme hart kritisiert. Es kann sich darauf geeinigt werden, welche

inhaltlichen Punkte in der Presseerklärung auf jeden Fall auftauchen müssen. Sonntag zum Frühstück treffen sich dann nochmals vier Menschen zum Schreiben einer vorläufigen Fassung, da ja mit mehr Leuten nicht gut formuliert werden kann.

Am Wochenende bilden sich in vielen Städten dieses schönen Landes Soligruppen, die mit den verschiedenenen Arbeitsgruppen und der Vorbereitungsgruppe für die Soliparty für die Revo zusammenarbeiten wollen. Eine bundesweite Vernetzung wird abgemacht.

Dienstag, 40. Februar 96. Plenum. Der Entwurf einer vorläufigen Fassung einer Presseerklärung zur Revo wird für ganz gut befunden. Ein Satz daraus stieß allerdings auf Widerstand. Nach kontroverser Diskussion einigen sich die Plenierenden, daß in der elften Zeile das dritte Wort nicht "das", sondern "daß" heißen soll. Dieses Wochenende findet noch das erste bundesweite Vernetzungstreffen statt, dort sollte über diesen Entwurf auch geredet werden, da es die Menschen aus den anderen Städten sonst ausschließt. Es gibt einen Vorschlag, schon mal zur internen Szene-Information in der ehemaligen Interim, jetzt Fertigprodukt genannten Zeitung, eine Zusammenfassung der Ereignisse zu veröffentlichen. Dieser Vorschlag ist nicht schlecht, aber keine Gruppe traut sich zu, in der kurzen Zeit bis zum Redaktionsschluß am Montag diesen Text zu schreiben. Die Vorbereitungsgruppe einer Soliparty für die Revo zeigt ihren Entwurf eines Plakates für die Soliparty für die Revo. Es scheint alle wichtigen Inhalte klar wiederzugeben. Die Schrägstellung wird allerdings für zu schwach befunden, da sie den momentanen Aufwärtstrend nicht klar genug wiedergibt. Beschlossen werden weitere 12 Grad Aufwärtstrend. Eine Interviewanfrage der taz. Um ein Über-den-Tisch-Ziehen zu verhindern, wird ihnen die Presseerklärung nach Fertigstellung zugeleitet, die sie dann gefälligst sofort so abdrucken sollen. Nochmal eine Warnung vor allen unabgesprochenen Alleingängen mit Medienkontakten, laßt euch die bisherigen schlechten Erfahrungen vermitteln. Es gibt dazu bei der Öffentlichkeitsarbeits-AG eine Broschüre.

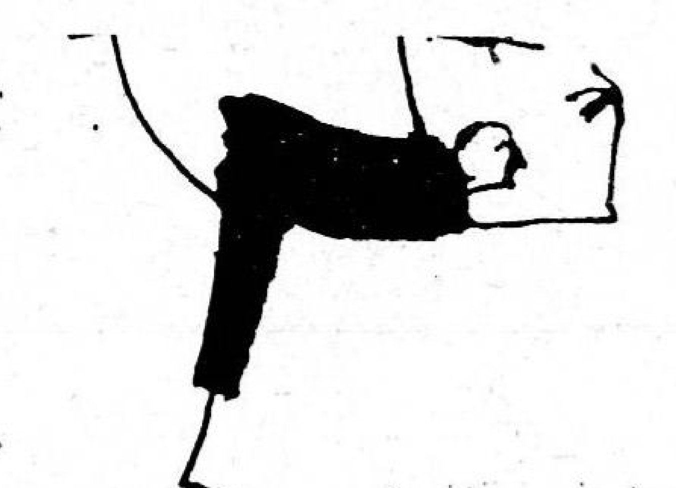
Sonnabend/Sonntag, 44./45. Februar. Bundesweites Delegiertentreffen. Es wird diskutiert, ob zur Soliparty für die Revo bundesweit mobilisiert werden soll, aber nur, wenn die Schräge im Plakat ein wenig abgemildert wird, da es sonst nicht verständlich ist. Daran wird in den Städten weiter diskutiert. Zum Entwurf der Presseerklärung wird bemängelt, daß im 2. und 3. Absatz immer "einige" steht, viel besser wäre doch "mehrere". Er wird also zur weiteren Bearbeitung nochmal nach Berlin zurückverwiesen. Es ist aber nicht klar, ob das Delegiertentreffen eigene Beschlüsse fassen darf, da dieser Modus nicht in allen Städten endgültig besprochen wurde.

Dienstag, 47. Februar, Plenum. Die Geschichtsaufarbeitungsgruppe erklärt ausführlich, warum sie diesen Entwurf einer Presseerklärung auf keinen Fall mittragen kann ....

Dienstag, 54. Februar. Das Plenum beschließt, sich zweiwöchentlich zu treffen, um die Fragestellungen ausführlicher in den Gruppen diskutieren zu können ...

~~**1. März 1996.** Die Presseerklärung ist abgesegnet, alles ist abgesprochen, das Wichtigste ist drin, sie~~ geht rechtzeitig raus ....

... jegliche Ähnlichkeiten mit tatsächlichen Ereignissen wären rein zufällig ...

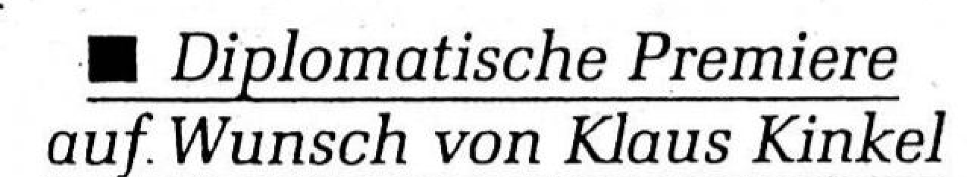


Politgipfel: Ein Spitzen-Treffen, wie es geheimer nicht geht

Nato tagt im Juni erstmals in Berlin: Sicherheitsstufe 1 für 47 Minister



Rauchmelder sind nach strenger amerikanischer Norm auf „hypersensibel“ justiert.



■ *Diplomatische Premiere auf Wunsch von Klaus Kinkel*

Von Peter Auer

Premiere für Berlin – 47 Außenminister treffen sich am 2. und 3. Juni 1996 zur Frühjahrstagung der Nato-Staaten. Das nordatlantische Verteidigungsbündnis kommt zum ersten Mal überhaupt in die deutsche Hauptstadt.

16 ständige Mitglieder umfaßt die Nato. Im Zeichen der globalen Entspannung konstituierte sich der Nato-Kooperationsrat, dem unterdessen 31 souveräne Staaten, darunter viele aus dem ehemaligen Ostblock, offiziell angehören.

Für das protokollarische Drumherum zeichnet der offizielle Gastgeber, das Auswärtige Amt (AA) in Bonn, verantwortlich. Während sich das Berliner Protokoll im Roten Rathaus nach außen hin noch bedeckt und ahnungslos gibt, laufen die Kongreß-Vorbereitungen im AA (und im Bundesverteidigungsministerium) offiziell schon seit Dezember auf Hochtouren.

Die Nato hat ihr großes Meeting mindestens einmal pro Kalenderjahr – am Amtssitz in Brüssel. Unterdessen ist auch das zweite Plenum institutionalisiert. Um Brüssel (und die Nato-Kassen) zu entlasten, bewerben sich Voll-Mitglieder um die Gastgeberrolle.

Klaus Kinkels Wunsch, mit Berlin den künftigen Regierungssitz an der Spree zu beehren, wurde von seinen Amtskollegen respektiert.

Das Generalsekretariat in Brüssel gibt den Rahmen vor. In einem 80seitigen „Memorandum of Understanding“ wird jede Minute und jeder Schritt markiert. Denn ein Teil der Diskussionen der 16 Spitzenpolitiker ist nur dem kleinsten Kreis vorbehalten. Angesichts der Konflikte an der Nato-Flanke auf dem Balkan ist der Gedankenaustausch unter den Mächtigen nicht nur „Top secret“, sondern wird vorübergehend sogar als „Cosmic“ klassifiziert – was besagt, daß es geheimer wirklich nicht mehr geht.

Als Tagungsort hätte sich das ICC am Funkturm scheinbar zwingend angeboten. Trugschluß: Denn das Risiko, immerhin 47 top-geschützte Minister mindestens zweimal täglich durch die gesamte City manövrieren zu müssen, will und kann keiner auf sich nehmen. Allein die Verkehrsprobleme hätten sich schnell als unlösbar erwiesen. Die USA mit der größten Delegation haben hundert Akkreditierungen angekündigt. Bescheidener sind die Esten – sie werden zu viert erwartet.

Tagungsort ist daher das Inter Continental Hotel. Der Berliner Kongreß tagt und schläft im Haus. Der Kongreß tanzt aber dann doch noch außerhalb der politischen Trutzburg. So wird Gastgeber Klaus Kinkel als Bundesaußenminister zum traditionellen Abendessen mit Musik Unter die Linden bitten. Die Staatsoper gilt als Favorit. Freilich mit sehr heiterer Muse.

Zum sommerlich-leichten Essen soll keine schwer tönende Kost erklingen. Bonns Protokoll liebäugelt mit Solisten aus dem Metropol Theater, die Ohrwürmer von Walter Kollo und Carl Millöcker zum besten geben. Brüssels „Memorandum of Understanding“ hat – vorerst – nichts einzuwenden...

Im Interconti wirft die Visite lange Schatten

■ *Sogar Blutgruppen der Top-Gäste sind bekannt*

Die kurze Visite wirft ihre langen Schatten. Seit dem Spätherbst letzten Jahres dreht sich im Inter Continental Hotel zwischen Gedächtniskirche und Tiergarten (fast) alles nur noch um das Treffen der Nato-Außenminister.

Die Nobelherberge gilt als beste und tauglichste Adresse am Platz. Denn so viel an Sicherheit wie der gewaltige Baukomplex in Nähe des Zoos können die Mitbewerber wie das Kempinski oder das Grand Hotel nicht vorweisen.

Die Mitarbeiter des Hotels wissen, daß sie überprüft werden. In Fragebögen müssen sie ihr Vorleben und ihre privaten Bindungen offenlegen.

Im Umfeld ist das Wichtigste längst geklärt: Jeder Außenminister bekommt seine eigene Suite im Ostflügel zum Tiergarten hin. Jedes gepanzerte Fenster wäre bei Notsituationen durch Feuerwehrleitern zu erreichen. Das Franziskus-Krankenhaus gegenüber auf der Budapester Straße wird sich in Alarmbereitschaft befinden. Sogar die Blutgruppen aller erwarteten Minister sind bekannt. **(Forts. S. 8)**

MOPO 8.1.





Neulich Nachts in der Rigaer Straße...(Augenzeugenbericht)

In der Nacht vom Sonntag dem 14.1. auf Montag dem 15.1. hat eine Gruppe von Leuten das Haus Rigaer Str. 23 spontan besetzt. Gleich am nächsten Morgen wurde das Gebäude entsprechend der Berliner Linie (Räumung von Neubesetzungen innerhalb von 24 Stunden) geräumt, die BesetzerInnen konnten sich anscheinend alle durch Flucht einer Personalienfeststellung entziehen. Das Haus ist wunderschön, mit Erkern, großen Fenstern, Parkettboden ausgestattet und soll wahrscheinlich noch im Januar Abrißarbeiten zum Opfer fallen, um einer Tiefgaragenzufahrt für eine der neuerrichteten Einkaufspassagen in der benachbarten Frankfurter Allee zu weichen.

In der Kürze der Zeit war es leider nicht möglich, weitere gesicherte Informationen über das Haus zu erhalten, wahrscheinlich soll das Grundstück im Anschluß an den Abriß neu bebaut werden, die neuerrichteten Wohnungen werden dann natürlich ihren entsprechenden Preis haben. Ein pikantes Detail: Das Bezirksamt Friedrichshain will demnächst in Räumlichkeiten des gerade fertiggestellten Neubaukomplexes an der Frankfurter Allee einziehen. Wie PDS und Bündnis Friedrichshain - die ja im Bezirk über annähernd 50% WählerInnenstimmen verfügen - zu diesem krassen Beispiel vom Vernichtung billigen Wohnraums stehen, war bisher leider nicht in Erfahrung zu bringen.

Neben der Wohnraumvernichtung ist durch den geplanten Abriß das durch die Tiefgaragenzufahrt stark zunehmende Verkehrsaufkommen in der sowieso viel zu lauten, baumlosen und engen Rigaer Straße zu kritisieren. Insgesamt ist es also trotz der schnellen Räumung am Montagmorgen mehr als wichtig, etwas gegen den drohenden Abriß zu unternehmen. Schließlich war es in den letzten Jahren immer wieder möglich, leerstehende Häuser durch Besetzungen, öffentlichen Druck, gute Pressearbeit und überzeugende Argumente vor den Plänen der Umstrukturierungsmafia zu bewahren. Haltet also Augen und Ohren offen! Wir sehen uns hoffentlich alle am Sonnabend, den 20. Januar auf der Häuserdemo!

Ein Beobachter des nächtlichen Treibens

Der neue Chef, ein Kreuzberger Yuppie

Der neugewählte Berliner FDP-Chef Martin Matz ist seit 1983 Mitglied der Partei. Bisher war er in der Öffentlichkeit kaum in Erscheinung getreten.



Martin Matz Foto: AP

Der 30jährige Bankkaufmann hat bereits ein sicheres Gespür für den Erfolg. Noch vor der Bekanntgabe des Wahlergebnisses hatte er sich in seinem gutsitzenden Anzug in die erste Reihe gleich neben den scheidenden Landesvorsitzenden und Bundeswirtschaftsminister Günter Rexrodt gesetzt. Bereits siegessicher präsentierte er sich den unzähligen Fotografen und Kameraleuten.

Der locker wirkende junge Mann gehört zu den neuen, geradezu typischen Vertretern der aufstrebenden Jungliberalen. Der Diplomkaufmann arbeitet bei der Berliner Bankgesellschaft und lebt in einer Kreuzberger Wohngemeinschaft. Parteiämter hatte er bereits in Bremen, wo er aufwuchs, und in Münster, wo Matz von 1988 bis 1993 an der westfälischen Wilhelms-Universität Betriebswirtschaft studierte. Vor zwei Jahren beteiligte er sich beim Aufbau des Konzern-Risikocontrolling der Bankgesellschaft Berlin AG. Inzwischen leitet er dort die Gruppe Rechnungswesen Ausland. Auch innerparteilich ging es weiter aufwärts. In den vergangenen zwei Jahren war er Leiter des Bundesarbeitskreises Wirtschaft und Finanzen der Jungen Liberalen. In Berlin ist er seit 1994 Mitglied des Landesvorstandes geworden. **mm**

Wir haben in der Nacht vom 25. 26. Dezember an mehreren Stellen in Kreuzberg die Farben/ Fahne der ERNK gesprüht.
Damit protestieren wir gegen die Kriminalisierung der KurdInnen in der BRD und den Völkermord in Kurdistan.
Wie gesagt , Kritik an der PKK stellt für uns aber keine Recht - fertigung für unsolidarisches Verhalten dar !

weg mit dem Verbot der PKK UND DER Verfolgung der kurdischen Vereine !!!

Kampf den Gesinnungsparagraphen 129 & 129a !!!!

Liebe und Kraft sowie Spaß an die Untergetauchten

HUNGERSTREIK VON BENJAMIN RAMOS VEGA UNTERBROCHEN

Benjamin hat am 13.1. nach 14 Tagen seinen Hungerstreik ausgesetzt.
Er war am 30.12.95 in den Hungerstreik getreten, um gegen die Entscheidung des Berliner Kammergerichts zu protestieren, das ein Tag zuvor seine Auslieferung an den spanischen Staat für rechtlich „zulässig" erklärt hatte. Die Entscheidung über seine Auslieferung liegt seit dem beim Bundesjustizministerium.

Benjamin hat seinen Hungerstreik jetzt unterbrochen, weil seine AnwältInnen gegen das Urteil des Kammergerichts Verfassungsbeschwerde eingelegt haben, was zumindest eine Verzögerung des Verfahrens bedeutet. Auch wenn das keine direkte „aufschiebende Wirkung" hat, so ist es doch sehr unwarscheinlich, daß das Bundesjustizministerium Benjamin ausliefert, bevor sich das Bundesverfassungsgericht dazu geäußert hat. Dazu kommt, daß der neue Justizminister noch nicht im Amt ist.

Die Haftbedingungen wurden während des Streiks weiter verschärft: unter dem Vorwand „Suizidgefährdung" haben die Schließer nachts jede Stunde das Licht angemacht und an die Zellentür gebollert, so daß Benjamin nicht durchschlafen konnte. Das ist eine dieser typischen fiesen Maßnahmen, die auch schon gegen andere politische Gefangene eingesetzt wurden.

Benjamin hat in den zwei Wochen sieben kg abgenommen. Angesichts seiner HIV-Infektion und seines durch die einjährige Isolationshaft angegriffenen Gesundheitszustandes hat er den Hungerstreik relativ gut überstanden. Es ist aber klar, daß unter diesen Bedingungen und mit einem Normalgewicht von 50 kg die Entscheidung für den Hungerstreik eine existentielle ist und sehr schnell zu schweren körperlichen Schäden führen kann.

Benjamin hat den Abbruch in einer Erklärung begründet, die uns aber noch nicht erreicht hat.
Er ist zuversichtlich und entschlossen, weiterzukämpfen: falls das Verfassungsgericht seinen Fall nicht behandelt oder es dort zu einer negativen Entscheidung für ihn kommt, wird er den Hungerstreik wieder aufnehmen.

Vor dem Berliner Justizsenat gab es am 12.1. eine Kundgebung mit knapp 100 Leuten. Das ist scgon etwas, aber wir müssen noch mehr werden, um durch politischen Druck die Auslieferung zu verhindern!
Wir sind nicht alleine: Am 11.1. haben baskische GenossInnen in Donosti das deutsche Konsulat besetzt, am 15.1. fand eine Kundgebung vor dem deutschen Konsulat in Barcelona statt. Hoch die internationale Solidarität !

Zur Erinnerung: Benjamin kommt aus Barcelona und wurde am 28.1.95 in Berlin von spanischen und deutschen Bullen verhaftet, weil gegen ihn ein internationaler Haftbefehl wegen „Unterstützung der ETA" vorlag. Ihm wird vorgeworfen, für ein ETA-Kommando zwei Wohnungen angemietet zu haben, in denen die Bullen bei Hausdurchsuchungen Waffen und Sprengstoff gefunden haben wollen. Da alle Aussagen gegen ihn von der Guardia Civil duch Folter erpresst sind und politischen Gefangenen in spanischen Knästen ohnehin Folter droht, gibt es um die Auslieferung von Benjamin eine nunmehr einjährige politische und juristische Auseinandersetzung.

KEINE AUSLIEFERUNG AN DEN FOLTERSTAAT SPANIEN !
FREIHEIT FÜR BENJAMIN RAMOS VEGA !

freiheit für hanna krabbe...

(gefangene aus der raf seit 1975)

zum 77. jahrestag der ermordung von karl liebknecht und rosa luxemburg und anläßlich der traditionellen gedenkdemonstration wollen wir mit diesem flugblatt auf die situation der politischen gefangenen in der brd aufmerksam machen.
die situation von hanna krabbe, die jetzt seit fast 21 jahren eingesperrt ist, immer unter sonderhaftbedingungen, steht beispielhaft für die situation der gefangenen aus der antiimperialistischen guerilla der siebziger und achtziger jahre, die sich weigern, ihrer politischen identität abzuschwören.



...und für alle politischen gefangenen!

für uns gibt es mehrere gründe, an diesem tag an die notwendigkeit der solidarität mit den politischen gefangenen zu erinnern:
rosa luxemburg und karl liebknecht waren beide auch politische gefangene, sie waren als internationalist/in und antiimperialist/in staatsfeinde - und sie haben auch in einer zeit, in der die hoffnung auf revolution so gering war wie in den ersten jahren des 1. weltkrieges, an ihren überzeugungen festgehalten.
sie haben sich darüber gedanken gemacht, wie es mit dem revolutionären kampf gegen imperialismus und krieg weitergehen kann. darum geht es heute, angesichts des dritten anlaufs deutschlands als weltmacht, auch. und es geht auch um eine zeit, in der viele sich ratlos zurückziehen oder die seiten wechseln - nicht selten mit einem zitat von rosa luxemburg auf den lippen. dagegen gilt es, die möglichkeit des festhaltens an der notwendigkeit der revolution zu verteidigen, so wie es auch rosa luxemburg stets getan hat. so verstehen wir diese demonstration heute.
die frage der freiheit der politischen gefangenen kann damals wie heute nicht losgelöst gesehen werden von den drängenden fragen, den katastrophen, die die neue weltordnung auslöst, und die nach einer revolutionären lösung schreien. rosa luxemburg und

hanna krabbe

als am 9. november 1974 holger meins im großen zweiten kollektiven hungerstreik der politischen gefangenen ermordet wird, überlegen außerhalb der knäste einige entschlossene, wie man dem staat die gefangenen entreißen kann, als klar wird, daß die haftbedingungen unmittelbar auf die völlige zerstörung der gefangenen zielen.
die bewegung 2. juni, eine guerillagruppe, nimmt ende februar 1975 den berliner cdu-vorsitzenden lorenz gefangen und kann den austausch mehrerer revolutionärer gefangener erreichen.
am 24.4. besetzt das kommando holger meins der raf die botschaft der brd in stockholm. sie fordern die freilassung von allen 26 kämpfenden politischen gefangenen aus den verschiedenen guerillagruppen der brd. sie stellen ein ultimatum, das verstreicht, ohne daß die forderungen erfüllt werden. ein botschaftsangehöriger wird erschossen. die bundesregierung beschließt, nicht auf die forderungen einzugehen, und die botschaft wird von einer deutschen spezialeinheit gestürmt. bei dem angriff auf die botschaft kommt ulrich wessel ums leben sowie ein weiterer botschaftsangehöriger.
festgenommen werden: hanna krabbe, bernd rösner, siegfried hausner, lutz taufer und karl-heinz dellwo. siegfried hausner wird *nach* seiner festnahme mit gewehrkolbenschlägen so schwer verletzt, daß er mehrere tage bewußtlos ist. die bundesregierung verfügt am 29.4., daß er in die brd, nach stammheim, verbracht wird. die schwedischen ärzte, die ihn behandeln, nennen diese verlegung nach deutschland: "das reine todesurteil". siegfried hausner stirbt am 4. mai 1975 in stammheim. die überlebenden werden später zu "lebenslänglich" verurteilt.
zwanzig jahre später: hanna krabbe ist als einzige aus dem kommando holger meins noch in haft. bernd rösner wird an der isolation schwer krank; nach jahrelangem kampf der gefangenen, der angehörigen und der genoss/inn/en der gefangenen kommt er 1992 zunächst für ein jahr aus dem knast und wird danach von bundespräsident weizsäcker begnadigt, von der isolationsfolter schwer gezeichnet, aber ungebrochen. lutz taufer und karl-heinz dellwo werden im april bzw. mai 1995 freigelassen.
im juli 1995 beantragte hanna krabbe ein neues entlassungsverfahren, in dessen rahmen ende november - ohne greifbares ergebnis - eine anhörung stattfand. zu ihrer haltung zu diesem verfahren und der politischen entscheidung, die voraussetzung für ihre freilassung - und die der anderen politischen gefangenen ist, - schrieb sie im juli 1995: "wir können unsere gemeinsame kampfgeschichte nicht der justiz übergeben. entweder sie lassen uns raus und akzeptieren unsere politische haltung und verantwortung oder nicht. ich bin jedenfalls nicht bereit, eine aktion, in der es uns um die befreiung aller kämpfenden politischen gefangenen und um die kontinuität bewaffneter systemoppositioneller politik ging, vor dem richter in legitim und illigitim auseinanderdividieren zu lassen. (...)
mir ist dabei bewußt, dass die hürden gegen meine - und weitere! - freilassungen nur wegzuschaffen sind, wenn wir es schaffen, unsere gesamte situation im bewusstsein drinnen und draussen soweit wieder zu politisieren, dass die juristischen verfahren nebensache sind."

karl liebknecht wußten, daß die frage der politischen gefangenen von der stärke der revolutionären bewegung abhängt, daß letztlich nur sie in der lage ist, die gefangenen zu befreien. wir wissen, daß es heute eine revolutionäre bewegung hier nicht gibt, die dazu in der lage wäre. gleichzeitig wissen wir, daß wir solidarität brauchen, um eine solche bewegung wieder/aufzubauen - die nähe unter denen, die fürs gleiche ziel kämpfen. dazu gehört auch die solidarität mit den politischen gefangenen, hier und international, gerade jetzt.
der kampf der politischen gefangenen ist ein kampf um das überleben als mensch, es ist ein kampf gegen den permanenten versuch, eine/n zu brechen. die erfahrung machte auch rosa luxemburg: "Mensch sein ist vor allem die Hauptsache, und das heißt: Fest und klar und heiter sein, ja, heiter trotz alledem," schrieb sie aus dem knast.
politische gefangene hat es in der geschichte der bundesrepublik seit 1949 immer gegeben: waren es zuerst diejenigen, die widerstand gegen wiederbewaffnung und bundeswehr organisierten, nach dem kpd-verbot von 1956 die kommunistinnen und kommunisten, saßen ab den siebziger jahren hunderte wegen mitgliedschaft in oder unterstützung der raf und anderer bewaffnet kämpfender gruppen im knast. heute kommen die meisten politischen gefangenen aus anderen ländern, vor allem sind es kurdinnen und kurden, die von diesem staat wegen ihres befreiungskampfes kriminalisiert werden. aus der raf sitzen noch elf gefangene in verschiedenen knästen der brd.
das staatliche kalkül gegen die gefangenen aus der raf ist auch nach 25 jahren unverändert, daß sie nur um den preis des verrats an der eigenen geschichte eine perspektive auf freilassung und damit auf die wiederherstellung ihrer physischen und psychischen gesundheit haben sollen. christian klar, gefangener aus der raf seit 1982, ging anfang september 1995 in einen hungerstreik gegen die besuchsverbote, die es ihm unmöglich machen sollen, menschen zu treffen, mit denen er eine gemeinsame geschichte hat, und gegen die zensur, die ihn von dem wenigen, was draußen noch an diskussion läuft, abschneiden soll. nach fünf wochen brach christian klar den hungerstreik ab, weil es keine perspektive auf durchsetzung seiner forderungen gab: "hier ging und geht es um vergleichsweise 'wenig' - aufhebung der besuchsverbote, ungehinderter briefkontakt mit draussen - und jede/r sieht, sie machen es nicht. die not haben aus der unmittelbarkeit des hungerstreiks sicher mehr leute draussen verstanden als vorher. nur ist die abschottung andauernde realität, und wir müssen wege finden, sie zu beenden," schrieb er zum abbruch.
das ist nur ein beispiel; der katalog der maßnahmen gegen die gefangenen soll hier nicht weiter beschrieben werden. sie haben alle einen kern: in den zeiten der defensive und der schwäche, der vereinzelung und politischen desorientierung draußen, diese defensive, schwäche, vereinzelung und desorientierung im knast zu verstärken und die gefangenen dadurch ihrer politischen identität zu berauben: wenn es draußen schon kaum noch diskussionen gibt, dann verschärfen die behörden die zensur; wenn es uns draußen nicht mehr gelingt, die gefangenen wenigstens durch öffentlichkeit zu schützen, dann versuchen sie, die isolation erneut zu verschärfen;
wenn wir uns draußen nicht einmal mehr vorstellen können, zusammen mit den gefangenen ihre freiheit zu erkämpfen, werden sie die gefangenen lebendig begraben.
das ist die situation.

jetzt geht es darum, daß hanna krabbe rauskommt. sofort und bedingungslos. und zwar ohne ihre ziele und die legitimation bewaffneter revolutionärer politik vor dem staatsschutzgericht verhandeln zu müssen. um diesen politischen raum gegen den versuch, sie zum abschwören zu zwingen, geht es auch in diesen zeilen: indem wir öffentlich machen, daß unser begriff von geschichte an den realen erfahrungen der kämpfenden anknüpft.
für das leben und die freiheit der politischen gefangenen!

ak kassiber, 14.1.1996

der politische prozeß, um den es uns geht, ist mit ***aneignung*** *genau beschrieben. wir wollen, indem wir unsere veröffentlichungen numerieren und ihnen einen namen geben, deutlich machen, daß es uns, auch auf diesem geringen niveau, um kontinuität dieser aneignungsarbeit geht, die grundlage jeder politischen praxis ist.*

aneignung 1

ak kassiber: material für wissenschaft und widerstand

vom kampf gegen die "politik des 4. august" 1914, über die gruppe internationale und den spartakusbund zur gründung der kpd 1918:

der kampf um den revolutionären bruch

aneignung 1 erscheint am 15.1.1996 * **bestelladresse:** ak kassiber, c/o infoladen *daneben* liebigstr. 34, 10247 berlin * **kosten** pro exemplar dm 3, zuzügl. porto, **gegen vorabzahlung!**

Interview mit Subcomandante Marcos

Geführt von Samuel Blixen und Carlos Fazio, Mitarbeiter der uruguayischen Zeitung **Brecha**, Montevideo.

ÜBER DEN NEOLIBERALISMUS

Subcomandante Marcos spricht über den Neoliberalismus, indem er das Thema Land im Kontext der *Campesino*-Kämpfe analysiert.

BRECHA im Gespräch mit Marcos – Bei all dem gibt es ein neues Phänomen: das Indígena-Thema. Sie erklärten, wie entscheidend es gewesen sei, daß es in den indianischen Dorfgemeinden eine Kultur, eine bestimmte soziale Beziehung gibt, welche eine Lösung bietet für das Problem des Anwachsens der Bewegung und sogar für ihre Zielsetzung. Ist das Landproblem das entscheidende Phänomen dieses Kampfes?

– Es war der Tropfen, der das Faß zum Überlaufen brachte. Ich nenne drei Gründe: das Abschotten jeder möglichen politischen Aktion durch die Wahlfälschung von 1988; die 500 Jahre (der Eroberung Amerikas) und das Landproblem. Und wenn einer dieser Gründe herausragt, so ist es die Landfrage.

– Doch in Lateinamerika ist das Landproblem nicht ausschließlich ein Problem der *Indígenas*...

– Die sehen das Landproblem nicht nur als ein individuelles Problem, als ein Problem der kleinbäuerlichen Besitzform. Meine Parzelle ist das, was ich zum Leben benötige. Es geht darum, das Problem des Kollektivs zu lösen. In diesem Sinne ist das *Ejido* in den indianischen Dorfgemeinden kollektiver als bei den nicht-indianischen *Campesinos*. Daher ist es auch im Kampf um Land in den *Indígena*-Gemeinden schwierig, eine Lösung durch Kooptation zu erreichen. Die Dorfgemeinde übt eine eiserne Kontrolle über den Einzelnen aus; es ist deshalb sehr schwierig, sich zu verstellen, vorzugeben, ein anderer zu sein. In der Gemeinde wissen sie, was Du tust und warum Du es tust, wenn sie Dich als Ungleichen ansehen. Korruption ist schwieriger, nicht weil sie besser, menschlicher oder aufrichtiger sind. Sondern wegen der Kontrolle, die das Kollektiv über den Einzelnen ausübt. Individuelle Lösungen werden nicht akzeptiert, nur kollektive. Aus diesem Grund ist es schwieriger, das Landproblem für die indianischen Gemeinden zu lösen. Die Sache läßt sich nicht regeln, indem einigen wenigen etwas Land gegeben wird... Und in dem Moment, wo die Möglichkeit der Landreform abgeschafft wird – eine Möglichkeit, die für die *Campesino*-Bewegung im Allgemeinen und für die *Indígenas* im Besonderen immer eine Option darstellte – in dem Moment nehmen auch die Landvertreibungen und die gefälschten Landkaufverträge zu. In dem Augenblick, in dem das *Ejido*-Land privatisiert wird, beginnen die großen Viehzüchter und Finqueros damit, Land anzuhäufen. Und jetzt nicht mehr nur noch, indem sie ihre Weiden und sonstigen Flächen ausdehnen oder durch Morde, sondern jetzt auch durch gefälschte Landkaufverträge. Mit der Abschaffung dieser legalen Möglichkeit der Landreform erhält der indianische *Campesino*, nicht nur derjenige der im Lakandonischen Wald, sein eigenes Todesurteil ausgehändigt. Er sagt sich: „Sie werden mich umbringen, weil sie mir mein Land wegnehmen werden". Für ihn gibt es auch nicht die Perspektive, sich in einen Tagelöhner oder Wanderarbeiter zu verwandeln oder ganz wegzuziehen. Nein. „Sie entwurzeln mich von meiner Geschichte und meiner Kultur. Nicht nur von dem Ort, den ich zum Leben brauche". In dem Augenblick, wo die Landreform abgeschafft wird, verliert der indianische *Campesino* sein Produktionsmittel, doch gleichzeitig verliert er seine Geschichte. Das brauchst Du jetzt nur in Verbindung zu bringen mit der Existenz einer organisierten bewaffneten Kraft, die zur Verfügung steht. Mit Deinem bewaffneten Arm. Und schon reift das „Ya Basta" heran...
Der *Zapatismus* stellt die Rückkehr und Wiederaufnahme eines Problems dar. Aufgrund dieser Verknüpfung nehmen die spezifischen Eigenschaften des Landproblems in Chiapas ihren revolutionären, bewaffneten Lauf. Aber in Wirklichkeit wird bloß ein Problem verdeutlicht: Die Rückkehr des Landproblems auf nationaler Ebene, das der Neoliberalismus beschlossen hatte, auf dem Altar der Moderne zu opfern. Das heißt: Modern sein und der Ersten Welt beizutreten bedeutet, nicht mehr *Campesino* zu sein. Also den Vermarktungsprozeß, den Kapitalismus hineinzudrängen in jede auch nur erdenkliche soziale Beziehung. Und die Landreform abzuschaffen, aber dabei bleibt es nicht. Den Landbesitz zu privatisieren, Agrobusiness-Unternehmen hineinzulassen und eine größere Landkonzentration zuzulassen. Und das führt dazu, daß *Campesino*-Bewegungen nur so sprießen – Bewegungen, die nicht unbedingt der zapatistischen Linie folgen, die aber allesamt auf das Problem deuten, wie das Finanzkapital sich das Land aneignet.

– Zeigt die zapatistische Erhebung einen Weg auf?

– Ich glaube schon. So, als wären wir ein Zeigefinger: Hier gibt es ein Problem. Ich meine, daß es ausgehend von diesem Problem immer verschiedene Reaktionen und Erfahrungen geben wird. 1993, noch vor dem *Zapatismus*, gab es Landbewegungen in Ecuador, die der *Indígenas* des brasilianischen Amazonas, in Paraguay. Unserer Ansicht nach ist der Neoliberalismus ein Prozeß der erneuten Eroberung des Landes, sie sind die modernen Eroberer. Für den *Indígena* hat er diese Konnotation bekommen. In Wirklichkeit sind es dieselben Eroberer wie vor 500 Jahren, gegen die sich schon unsere Vorfahren erhoben haben. Daher das Problem des „Ya Basta" und die Frage der Waffen. Allerdings wird die Landeroberung nicht den Prozeß der spanischen Eroberung nachahmen. Sondern den Prozeß der Eroberung des nordamerikanischen Westens. Das bedeutet die physische, kulturelle und historische Vernichtung der *Campesinos*, des gesamten Kleinbauerntums. Die von Marx analysierte Verheißung des Kapitalismus, das Verschwinden des Kleinbauerntums, wird jetzt de facto und auf brutale Weise vom Neoliberalismus vollendet. Heute ist das dabei vergossene Blut indianisch, doch morgen kann es schon mestizisch sein. Du bist ein Hindernis. Du bist nicht mehr nur entbehrlich, sondern du behinderst außerdem den Fortschritt.

– Also bilden die *Campesinos*, das Kleinbauerntum die neue revolutionäre Klasse?

– Nein. Ich denke, nein. Wir sind dabei, eine Revolution zu konzipieren, die dann erst eine Revolution ermöglicht. Wir planen eine Vorrevolution. Deshalb werfen sie uns vor, Revisionisten zu sein oder bewaffnete Reformisten, wie Jorge Castañeda sagt. Es geht uns darum, eine breite, friedliche oder gewaltsame, soziale Bewegung zu bilden, welche die sozialen Beziehungen dermaßen radikal verändert, daß im Endergebnis ein neuer Freiraum der politischen Beziehungen entsteht. Ich meine, daß der Hauptakteur nicht definiert ist. Deshalb nennen wir ihn Zivilgesellschaft und reduzieren ihn nicht bloß auf Bourgeoisie, Proletariat, *Campesinos*, Mittelschichten. Dieser Prozeß der Globalisierung reißt auf der Ebene des Nationalstaates so viele Wunden an so vielen Stellen, daß alle an derselben Krankheit leiden, auch wenn einige eine weiße und andere eine dunkle Haut haben; egal, ob einer Hochschullehrer oder Proletarier ist...

– Entstehen die strukturellen Veränderungen aus dieser Vorrevolution, aus dieser Revolution für die Revolution?

– Ja, doch sie münden nicht notwendigerweise in ein neues soziales System ein. Dieses neue System wird erst das Ergebnis des neuen politischen Spiels sein. Wir können uns irren. Aber wir behaupten nicht,



daß der Neoliberalismus zusammenbricht und gleichzeitig ein neues soziales System entsteht.

– Ist das nicht im Endeffekt das Etappenkonzept auf dem Weg zum Sozialismus, wie wir es aus den sechziger und siebziger Jahren in Lateinamerika kennen, das Konzept der Phase der nationalen Befreiung, in der es diverse Akteure geben würde?





– Das ist nicht dasselbe. Uns geht es darum, daß in der neuen Phase des Kapitalismus, im Neoliberalismus, der Nationalstaat zerstört wird. Unserer Meinung nach lautete eine grundlegende These der nationalen Front, daß es eine nationale Bourgeoisie gibt. Wir dagegen sagen, daß es kein Vaterland gibt. Das Konzept der Nation, des Vaterlands wird nicht nur innerhalb der Bourgeoisie zerstört, sondern innerhalb der herrschenden Klassen selbst. Es wäre sehr schwierig sich vorzustellen, es gäbe Teile der Regierung, die das Projekt der Nation verteidigen. Wer das Projekt der Nation zu verteidigen wagt, wird ermordet oder aus dem Land getrieben. Das neoliberale Projekt verlangt diese Internationalisierung der Geschichte, es verlangt eine Auslöschung der nationalen Geschichte, es verlangt die Auslöschung kultureller Grenzen. Der hohe Preis für die Menschen ergibt sich daraus, daß für das Finanzkapital nichts existiert, nicht einmal Vaterland oder Besitz. Das Finanzkapital besitzt ausschließlich Zahlen auf Bankkonten. Und in diesem ganzen Spiel wird das Konzept der Nation ausgelöscht. Daher muß ein revolutionärer Prozeß ansetzen bei der Wiedererlangung des Konzeptes der Nation und des Vaterlands.
Der Hauptirrtum des Neoliberalismus besteht darin zu glauben, man könne sich der Geschichte widersetzen. Diese Einmischung in das Landproblem gibt vor, sich der Geschichte zu entledigen und so zu tun, als habe es jemals Geschichte, Kultur oder sonst etwas gegeben. Und genau in diesem Augenblick treffen sie auf einen ihrer Feinde, vielleicht nicht ihren mächtigsten Feind, sicher aber ihren zähesten: den *Zapatismus*. Der neue *Zapatismus*, als Erhebung der indianischen *Campesino*-Gemeinden, die in Chiapas genau in dem Moment entsteht, als der Champion des Neoliberalismus, der ehemalige Präsident Carlos Salinas de Gortari (der jetzt in den USA im „Exil" lebt, um sich der Justiz zu entziehen), die Verfassung ändert und das wichtigste Erbe der mexikanischen Revolution abschafft: „Das Land denen, die es bearbeiten." Mit Privatisierungsabsichten machte der Neoliberalismus eine Bauchlandung auf der Landfrage, die nur zur Folge hatte, daß sich die *Campesinos* bewaffnet erheben.

DIE DEMOKRATIE

„Was wir jetzt haben, funktioniert nicht".

Marcos erzählt, daß sich die Guerrilla in Chiapas den indianischen Dorfgemeinden unterwerfen mußte. Diese Unterwerfung erzwang Veränderungen in den Strategien, den Zielen und sogar in einigen Grundkonzepten wie dem der Demokratie.

– Man sagt, die Dorfgemeinden würden die Demokratie vorantreiben. Doch das Konzept erscheint vage. Es gibt viele Arten von Demokratie.
– Das sage ich ihnen ja [den *Indígenas*]. Ich versuche, ihnen zu erklären: Ihr könnt das machen (etwas im Konse[illegible]rfahren lösen), weil ihr Kommunalleben habt. Wenn sie zu einer Versammlung kommen, kennen sie sich, sie kommen zusammen, um ein gemeinsames Problem zu lösen. Und ich erkläre ihnen dann, daß es woanders nicht so ist. Die Leute leben woanders vereinzelt, sie benutzen die Versammlung für etwas anderes, nicht, um ein Problem zu lösen. Und sie sagen dann, nein, bei uns klappt es doch. Und tatsächlich klappt es, sie lösen das Problem. Und dieses Verfahren schlagen sie vor für die Nation und für die ganze Welt. Die Welt solle sich so organisieren. Das ist es, was sie „gehorchend Führen" nennen. Und es ist schwierig, sich dem zu widersetzen, denn sie lösen es so. Und wer nicht funktioniert, wird abgesetzt, ohne daß es einen großen Skandal gäbe. Wenn der *Ejido*-Vorsitzende sich irrt, wird er abgesetzt und wird wieder Teil der *Ejido*-Vollversammlung.
Wir haben immer betont, daß die EZLN nicht eine repräsentative Demokratie der politischen Parteien vorschlägt. Und in Artikeln in den Zeitungen wird uns deswegen vorgehalten, wir lägen falsch, in Wirklichkeit seien die indianischen Dorfgemeinden längst besiegt, da heutzutage nur das Individuum gilt, und die Gemeinden für das Kollektiv kämpfen. Ja. Deswegen sagen wir ja: Wir brauchen eine andere politische Kraft, jenseits der Parteien. Und wenn wir dies vorschlagen, dann genau so wie 1994, als wir beschlossen, den Krieg zu beginnen. Damals sagte ich den Dorfgemeinden, die beschlossen hatten, den Krieg zu erklären: Sie werden uns den Arsch aufreißen; die ganze internationale Mächtekonstellation steht gegen uns, sie werden uns zerstückeln. Und dennoch sagten die *Compañeros*: Trotzdem gehen wir in den Krieg. Und jetzt heißt es: Trotzdem gehen wir in diese Art Demokratie. Und wie willst du ihnen sagen, das nützt nichts? Wo sie doch jahrelang so ausgehalten haben... Was für ein besseres Ergebnis hätten wir erzielen können, als all diesen Vernichtungskampagnen widerstanden zu haben? Deshalb sagen sie: Das ganze Land muß sich so organisieren.

– Wie ist das mit der politischen Kraft jenseits der Parteien? Nützen die politischen Parteien nicht dieser Art von Demokratie, die Sie vorschlagen?

– Versuchen Sie einmal, einen sich auf diese Seite des *Pasamontañas* zu stellen. Hier sehen Sie jemanden, der schon zwölf Jahre in den indianischen Dorfgemeinden lebt. Der mit ihnen zusammengelebt habt. Der schon *Indio* ist, wie die Dorfbewohner sagen. „Marcos ist ein *Indio* wie wir". Jemand, der wie sie denkt. Doch was tun die politischen Parteien für sie? Die Parteien tauchen hier auf, um die Dörfer zu spalten. Sie wollen die Leute zu sich ziehen, und der Rest soll zu einer anderen Partei gehen. Es gewinnt der Mächtigere. Die Parteien spalten die Gemeinden, sie zerbrechen alles. Und genauso sind die Gemeinden gespalten worden, als die EZLN in sie hineinging. Das ist die Wahrheit. Als wir hier ankamen, taten wir das als politische Organisation. Und erst als wir begannen, Konsens zu suchen, konnten wir Fuß fassen. Andernfalls hätten wir nicht hineinkommen können. Wir kamen hinein, um zu spalten, genauso, wie es jetzt die Bundesarmee tut. Sie stellen die Waffen einer Seite zur Verfügung. Genauso wie unsere Waffen nur einer Seite zur Verfügung standen. Und das bringt nichts. Was tatsächlich etwas bringt, ist, daß sich die Gemeinde zusammenrauft. Und die Parteien verhindern, daß sich die Gemeinde zusammentut, denn einer Partei geht es darum, Einzelne zu gewinnen. Also ist es nötig, eine politische Kraft zu schaffen, die nicht spaltet. Die nicht konfrontiert. Und dieser hier hinter dem *Pasamontañas* muß eine Form finden, um das nach außen zu übersetzen. Und wenn ich mich dafür mit Muñoz Ledo [dem Vorsitzenden der Oppositionspartei PRD] streiten muß, dann streite ich mich eben mit ihm. Ich habe die Pflicht, dies nach außen zu tragen. Vielleicht gelingt es mir, vielleicht auch nicht. Vielleicht ist es wie am 1. Januar 1994 und es gelingt mir. Oder es ist wie am 9. Februar 1995, und es gelingt nicht.
Notwendig ist eine politische Kraft, die genau das erstrebt und nicht die Macht. Die Parteien tauchen auf und sagen: „Wer soll *Ejido*-Vorsitzender werden?" Die Compañeros entgegnen: „Das Problem besteht nicht darin, wer *Ejido*-Vorsitzender wird, sondern ob derjenige das tun wird, was die Gemeinde ihm aufträgt.3 Also brauchen wir eine politische Kraft, welche die Gemeinde so organisiert, daß sie vom *Ejido*-Vorsitzenden, vom Bürgermeister, vom Gouverneur, vom Präsidenten der Republik everlangen kann, der Gemeinde und der Nation zu dienen... Ich weiß, ich phantasiere...

– Sie werden Ihnen sagen: „Geh ins Parlament und finde für Deine Ideen eine Mehrheit".

– Ja, ich weiß. Aber die *Compañeros* antworten dann: Dieses Parlament sollte denjenigen gehorchen, die sie angeblich vertreten". Ich weiß, das ich von etwas so Neuem spreche, daß es schwer zu verstehen ist...

– Sie meinen doch, die Macht zu ergreifen...

– Sie auszuüben.

– Aber Sie sagen uns nicht, wie das verkörpert werden soll.
– Weil wir doch nicht die geringste Ahnung haben, wie das geschehen soll. Ich kann mir eine Vollversammlung in einem Dorf oder in

einem ganzen Tal vorstellen, ja, sogar einer ganzen Ethnie. Warum? Weil ich es miterlebt habe. Ich weiß, wie sie sich organisieren und ihre Probleme lösen in einer Art Mischung aus Repräsentativität und Vollversammlung.

– Und glauben Sie – ehrlich gesagt -, daß das für die Nation funktionieren kann?

– Ich weiß, daß das andere nicht funktioniert. Was wir heute haben, funktioniert nicht.

– Und geben Sie den Leuten die Perspektive, dies wäre etwas, das funktionieren könnte?

– Wie wir sagen, wir werden darüber in einen Dialog treten. Wir haben diese Erfahrung, aber vielleicht haben die Yaqui-*Indígenas*, die Arbeiter, die Busfahrer der *Ruta-100* oder das Nationale Treffen für Bürgerrechte andere Erfahrungen, die wir miteinander verschmelzen können.

– Ist denn nicht das, was Sie vorschlagen, der politische Arm der Guerrilla?

– Nein. Wir schlagen bloß eine neue Welt vor. So einfach ist das.

– Ist demnach die Guerrilla der Parteikern einer kommunal-indianischen Bewegung?

– So hatten wir uns das vorgestellt, über es zeigt sich, daß dem nicht so ist. Daß die Guerrilla des EZLN wie der *Ejido*-Vorsitzende ist: Sie ist n?tzlich, solange die Gemeinde sie für nützlich hält. Sobald sie ihr nicht mehr n?tzt, werfen sie uns weg.

– Die Frage nach dem parteiischen Kern zielte auf den Kader im alten Sinne, auf den geschulten Kämpfer...

– Ja, genau das war unsere Absicht. Wir dachten, eine politische Partei auf der Grundlage der EZLN zu errichten, welche in den indianischen Dorfgemeinden wirken würde. Aber es geht nicht. Es geht nicht, weil es eine andere Kultur ist, eine andere Form, Politik zu machen. Und was die Mächtigen wollen, ist, sie politisch zu alphabetisieren, das heißt, sie in diesem politischen System zu korrumpieren.

– Und wie bringen Sie das in Einklang mit dem vertikalen Aufbau, den jede militärische Struktur besitzen muß?

– Indem wir uns den Gemeinden unterwerfen, genau so, wie wir es 1990 taten.

– Sie wollen damit sagen, daß in einer militärischen Organisation, die anwächst und zu Konsensformen übergeht, jedes Mitglied einen Befehl in Frage stellen kann, solange er die Gemeindeversammlung hinter sich hat.

– Ja. Das kommt vor. Ich brauche die Unterstützung der Ethnien. Deswegen benötige ich die Übertragung der Befehlsgewalt. Es ist nicht so, daß ich einfach nur bereit bin, dem Geheimen Revolutionären *Indígena*-Komitee zu gehorchen, sondern ich muß es schlichtweg. Sonst kann ich einer indianischen Guerrilla keine Befehle erteilen.

– Und wenn Sie Befehle erteilen, werden sie befolgt?

– Ja, weil öffentlich ist, woher die Befehle stammen. Ich sage: „Wir werden den Krieg erklären." Und sie können antworten: „Du spinnst, nicht mit uns." Worauf ich sage: „Nein, das ist ein Befehl von ihnen dort." Ich kann nicht militärisch befehligen. Das ist es, was niemand versteht.

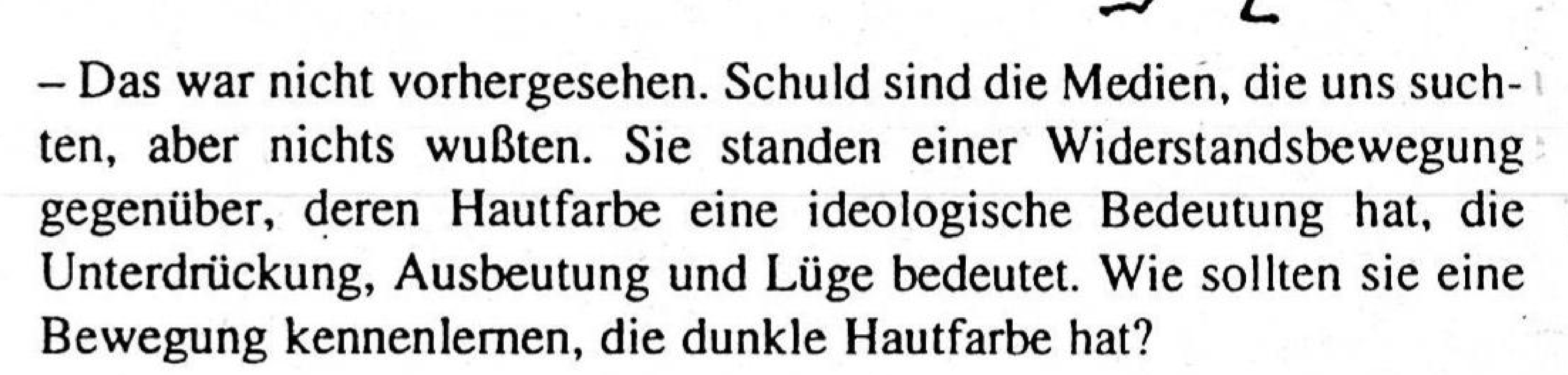
Marcos braucht doch nicht das Geheime Komitee als Rechtfertigung um zu beweisen, daß es sich um eine indianische Bewegung handelt, denn das kann man nicht leugnen. Um politische Entscheidungen zu treffen und um die militärische Führung auszuüben, benötigt Marcos die Autorität, die in den Dorfgemeinden gilt. Er braucht die Unterstützung der Gemeinden, sowohl um den Angriff, als auch um den Rückzug anzuordnen. Wenn ich diese Unterstützung nicht habe, existiere ich nicht als militärischer Anführer. Ohne diese Anerkennung durch die indianischen Gemeindevorstände existiert die EZLN nicht. Dies geht sogar so weit, daß die Existenz der EZLN als solcher von ihnen abhängt. In dem Augenblick, wo die Gemeinden sagen: „Du gehst", wie sie es auch dem *Ejido*-Vorsitzenden sagen können, muß ich gehen. Oder ich riskiere es, allein übrig zu bleiben.

– Und was geschieht, wenn Marcos verschwindet?

– Innerhalb der EZLN gibt es eine Abfolge von Rängen. Hinter mir steht jemand, der folgen würde. Die *Compañeros* wissen, wer dieser Nachfolger ist. Normalerweise sind das Geheime Komitee und meine nächstfolgenden Ränge über alles informiert, was ich gerademache – oder kaputtmache, denn ich verzapfe so manchen Mist! Das heißt, die *Compañeros* wissen über die Fahrtrichtung der Organisation bestens bescheid. Sie wissen, wo wir stehen und in welche Richtung sie weitermachen müßten.

– Nichts hört also auf zu funktionieren, wenn Marcos verschwindet?

– Theoretisch nichts.



– Und diese Rolle des Übersetzers?

– Das war nicht vorhergesehen. Schuld sind die Medien, die uns suchten, aber nichts wußten. Sie standen einer Widerstandsbewegung gegenüber, deren Hautfarbe eine ideologische Bedeutung hat, die Unterdrückung, Ausbeutung und Lüge bedeutet. Wie sollten sie eine Bewegung kennenlernen, die dunkle Hautfarbe hat?

– Also ist es die Struktur der Ethnien, die in den Aufbau der Guerrilla übernommen wurde und die alle Kriterien vorhergehender bewaffneter Organisationen in Frage stellt?

– Wir können natürlich zu Papier bringen, was wir wollen. Doch die Wirklichkeit ist immer viel intelligenter.

– Das würde auch erklären, daß Ihr Euch immer wandelt; daß es keinen festen strategischen Korpus gibt. Das erklärt den Prozeß, der mit dem Konvent von Aguascalientes beginnt, den Vorschlag einer Nationalen Befreiungsbewegung, die Besuche von Cuauhtémoc Cárdenas im Lakandonischen Wald, die *Consulta*, Euer Setzen auf die Zivilgesellschaft und schließlich Euer Vorschlag, ein Sammelbecken der Parteilosen und eine breite Front zu bilden. Besitzt die EZLN eine Politik der Allianzen?

– Wir denken uns das auf zwei Ebenen. Zum einen der Aufbau einer breiten Front, also zusammen mit anderen politischen Organisationen, und zum anderen die Schaffung einer neuen politischen Organisation. Wenn wir sagen, daß es in der Diskussion des nationalen Dialogs ein Thema geben soll, das „Schaffung einer neuen politischen Kraft auf der Grundlage des EZLN" lautet, dann fragen wir uns: „Sollen wir uns in eine politische Kraft verwandeln?" Ja. Gut, diese neue politische Kraft wollen wir ohne die Parteien bilden, aber wir werden uns mit den Parteien zusammentun im Rahmen einer „Breiten Oppositionsfront" oder als „Breite Oppositionsbewegung", als *Movimiento Amplio Opositor*, abgekürzt „MAO" – stellt Euch das vor!
Wie gesagt: Die politische Kraft, die wir errichten wollen, dient nicht dazu, Abgeordnetenmandate zu erringen. Es ist nicht eine Kraft, die sich gegen bestehende Parteien richtet. Sondern es handelt sich um eine Kraft, die von Regierung und Parteien zur Kenntnis genommen werden muß. Im schlimmsten Falle müssen sie diese neue Kraft zur Kenntnis nehmen, im besten Falle ihr gehorchen.
Aber wie dem auch sei, es bleibt das Problem derjenigen politischen Organisationen, denen es um die Machtübernahme geht. Der Ort der Zusammenarbeit mit diesen Leuten, solange sie sich gegen das System der Staatspartei und gegen den Neoliberalismus richten, wäre die

Breite Oppositionsfront. Das ist es, was die PRD oder einige ihrer Anführer wie Porfirio Muñoz Ledo und Pablo Gómez nicht verstehen. Sie machen gute Analysen. Doch man muß erst den Deckel vom Fernglas nehmen, bevor man hineinguckt, sonst sieht man nichts. Wenn Du nicht den Deckel abnimmst, wird das Fernglas zu einem Spiegel ...
Ich weiß, das die logische Frage lautet: Nun ja, aber wie wird es möglich sein, eine politische Kraft zu gründen, die keine Partei ist? Ich habe nicht die leiseste Ahnung. Was wir den Leuten anbieten, ist: Laßt uns darüber einigen.
Wir machen Politik mit Schüssen. Um uns Gehör zu verschaffen. Nicht mehr, um die Macht zu ergreifen. Wenn wir nicht geschossen hätten, vergiß es ...

URUGUAYER IM LAKANDONISCHEN URWALD

Subcomandante Marcos erwähnt im Verlauf des ausführlichen Interviews öfters Uruguay. „Die beste Hommage an die *Tupamaros* ist, daß ich nicht mehr den Namen jenes Offiziers erinnere, der Raúl Sendic töten wollte, als dieser rauslief und schrie ‚Ich bin Rufo und ich ergebe mich nie'", erinnert sich Marcos. „Meine Generation wuchs in der Bewunderung für die Struktur, die technisch-militärischen Aspekte und die Kreativität der *Tupas* auf, sowie, politisch gesehen, mit der Idee einer umfassenden, nicht sektiererischen Bewegung".
Dennoch lehnt Marcos einen Mate-Tee ab und erklärt: „Ich wollte immer ein argentinischer oder uruguayischer Schriftsteller werden. Doch als ich die Beziehung entdeckte, die zwischen literarischer Qualität und Mate-Tee besteht, beschloß ich, doch lieber *Guerrillero* zu werden". Als das Gelächter ausklingt, fragen wir nach dem Ursprung seines Humors. Er sagt:
„Als wir der Organisation beitraten, sollten wir ernst, respektvoll und langweilig sein. Rockmusik war konterrevolutionär, imperialistisch. Alles, was nicht *Patria o Muerte Venceremos* oder Protestsongs waren, wurde abgelehnt. Wenn Du klassische Musik mochtest, haben sie Dich zwar nicht gleich hingerichtet, doch Du warst schon mal verdächtig; und wenn die Bücher, die Du mitschlepptest, nicht *Materialismus und Empiriokritizismus* oder *Was Tun?* hießen, sondern die *Geschichte der Cronopien und Famen* oder Liebesgedichte von Benedetti waren, wurdest Du ziemlich schief angesehen".

Die Erwähnung von Benedetti läßt mich die ersten Tage der Arbeit in den indianischen Dorfgemeinden erinnern, als wir die Leute mit Gedichten von Juan Gelman alphabetisierten und uns als Grammatik *Die Offenen Adern Lateinamerikas* dienten. Doch Mario Benedetti spielte eine Schlüsselrolle in unserer Truppe: seine Liebesverse wurden wörtlich transkribiert, um *Compañeras* zu umwerben. Übrigens, ich dachte, Galeano würde hier auch noch vorbeischauen.

(Übersetzung: gd/Zapapres)









Januar 1996

Bekanntmachung

zur Abwendung von Obdachlosigkeit!

7 Jahre Besetzung - 7 Jahre Erhalt von billigem Wohnraum , durch die BewohnerInnen

gegen den Willen der Spekulantenfirma, Hennning von Harlessem GmbH, die an überflüssigen Büroneubauten und Obdachlosigkeit verdient.

Ab dem 31. Januar droht jetzt den BewohnerInnen die Räumung und Obdachlosigkeit!

SKANDAL!

Veranstaltung im Rathaus Charlottenburg

Otto-Suhr-Allee 100

Eingeladen sind alle interessierten Menschen und PolitikerInnen die uns unterstützen wollen. Presse erwünscht!

Ausgeladen sind der Spekulant und die Polizei. Keine Hunde!

Themen:

- **Unsere drohende Obdachlosigkeit ist nur politisch zu lösen. Was können und werden wir und unsere UnterstützerInnen tun?**
- **Für die Häuser gibt es keine Abrissgenehmigung für das Gelände keine aktuelle Planung. Eine Räumung würde erneut jahrelangen Leerstand von dringend benötigtem Wohnraum bringen.**
- **Wollen die verantwortlichen PolitikerInnen etwas dagegen unternehmen?**

Dienstag 23.1.1996 19.00 Uhr

"Pommernsaal"

(der hat leider so einen revisionistischen, kriegstreiberischen Namen und wird bei der nächsten Gelegenheit umbenannt)

Die BewohnerInnen

Marchstraße/ Einsteinufer

bitte wende.

Konzerte Demos AG's Filme

Aktionstage vom 3.-11.2

Anti-A33-Hüttendorf

Sonntagsspaziergang Baustelle

Trommelkunst statt Samba-combo

Nun also, solls uns an den Kragen gehen. Wir, das sind die WiderständlerInnen aus dem Anti A 33 Hüttendorf in Dissen. Mit dem im Oktober erlassenen Sofortvollzug soll uns eine Betonpiste über die Hütten planiert werdn. Knapp 3 Jahre gibt es uns schon, den jetzigen Platz halten wir seit Mai 94 besetzt. Wir haben dort ein duzend Hütten gebaut, in denen z. Zt. ca. 20 Personen wohnen. Den Autobahnbauern steht zwar das Wasser bis zum Hals, aber mit der Räumung und der Waldrodung wollen unsere eifrigen Freunde von der Gegenseite ihren Weiterbau öffentlichkeitswirksam besiegeln. Die zig Millionen DM Kosten und die Planfeststellung in NRW(d.h. in ein paar Jahrzehnten könnte alles fertig sein) sind dann sicherlich nur noch eine Kleinigkeit. Dies hat Methode! Seit Jahrzehnten wurde die A 33 in Salamitaktik vorangetrieben, derzeit soll in NRW ein Planfeststellungsverfahren eingeleitet und eines abgeschlossen werden. Ein im Juni 95 besetzter Bauernhof auf der Trasse wurde am 13. Dezember von 170 Bullen geräumt und platt gemacht.
Jüngst wurde uns ein Schreiben des Autobahnneubauamtes bekannt, in dem von einer Baufeldfreimachung(sprich Rodung und Hüttendorfräumung) bis Ende Februar die Rede ist. Wir nehmen das Schreiben sehr ernst. Auch sonst ist es mit der relativ ruhigen und von der Staatsgewalt "geduldeten" Präsenz des Hüttendorfs wohl erst mal vorbei. Ab und zu fahren Bullenstreifen herum, Zivicops belugen uns, Bauarbeiter inspizieren schon mal das Gelände. Anfang Januar werden zeitgleich mit einem Räumungsgerücht die Aktivitäten so heftig, daß wir für den 4/5.1 Alarm auslösen. Entweder haben die Bullen angesichts der 100 Leute, die am Morgen aufm Platz sind, die Räumung verschoben oder sie haben versucht, unser Mobilisierungspotential abzuschätzen, um zu wissen, wieviel Cops sie bei einer Räumung brauchen. Wir sind derzeit ständig wachsam, haben uns recht gut hinter Barris verschanzt und versuchen mit einer möglichst breiten Mobilisierung ihnen die Räumung sowohl technisch als auch politisch so schwer wie irgend möglich zu machen und sie aus dem Irrglauben, sie könnten eine Neu oder Wiederbesetzung endgültig verhindern, herausholen.
Kommt vorbei! Es ist nicht mehr lange hin bis Ende Februar, da muß es doch möglich sein, daß eine stärkere Dauerpräsenz im Hüttendorf klappt. Die breite Solidarität am 4/5.1 hat gezeigt, daß es möglich ist. Natürlich wissen das auch die Bullen, und sehen, daß wir mehr werden. Aber wir wissen auch, daß sie eine Räumung von langer Hand vorbereiten wollen. Dann laßt uns wenigstens ihren Zeitplan durcheinander bringen. Kommt zu Hauf! zu den Aktionstagen. Laßt uns unseren Protest und Widerstand auf die Straße tragen! Sollten wir vorher geräumt werden, finden die Aktionstage vom 3.- 11.- Februar als der Auftakt des neuen Hüttendorfes statt.
Und ganz wichtig: Am Samstag nach dem Tag der Räumung gibts einen Nachtspaziergang zur Baustelle!

Infos, Kontakt und visdp: Hüttendorf gegen A 33, Berliner Str. 49201 Dissen, Tel: 05424/40124

Sparschwein für Prozesse & Demoorga.: KSK Halle/Westf. Ktonr 651438, BLZ 48051580

Wir kommen auch gerne bei Euch vorbei, erzählen was und machen Dia-

„FRANKREICH IST EIN STERBENDES KAPITALISTISCHES LAND: HUMANISMUS IST, IHM DEN TODESSTOSS ZU VERSETZEN!“

Inzwischen (18.12.) scheinen die Kämpfe in Frankreich sich ihrem Ende zu nähern. Doch obwohl die Streikfront nach über vier Wochen abzubröckeln beginnt, finden wir den Umfang der Protestaktionen sehr beachtlich.
Die Streikwelle begannen die Studies. Die einen (Coordination = Sozialistlnnen, Trotzkistlnnen...) problematisieren universitäre Themen, wie die Einschränkungen der Mittel für die Ausbildung etc., während autonome Studies zu gesellschaftlichen Themen wie Rassismus und Bullenterror mobilisieren.
Eine beträchtliche Dynamik entwickelte sich, als neben den Studies die Arbeiterlnnen anfingen zu streiken. Zuerst die Eisenbahnerlnnen am 23.11., an nächsten Tag folgte der öffentliche Personennahverkehr. Am 29.11. traten die Beschäftigten der Elektrizitätswerke und der Post in den Streik; Anfang Dezember die Telecom, die Banken, das Erziehungswesen....
Die Streikwelle wurde durch die gleichzeitige Vorlage eines „Rettungsplans“ für die Sozialversicherung und eines neuen Eisenbahn-Statuts ausgelöst. Ein weiteres wichtiges Thema sind die Beschneidungen der Pensionen der fünf Millionen öffentlich Beschäftigten.
Die Streiks bei den Massenverkehrsmitteln stießen auf breite Solidarität, weil von Anfang an die Rücknahme des Juppé-Plans für die „Sanierung“ der Krankenversicherung Teil der Gewerkschaftsforderungen war. Unter dem Vorwand des großen Defizits der Krankenversicherung will die Regierung gleich zwei neue Steuern einführen - und gleichzeitig die Leistungen im Krankheitsfall einschränken. Da ist jeder und jede von betroffen.

Am 10. 12. erhielt der dortmunder Infoladen ein Fax von Autonomen aus Paris, welches einige aus der Ladengruppe freundlicherweise sprachlich überarbeiteten und uns zur Verfügung stellten:

Was in Frankreich los ist...

In Frankreich herrscht der größte Streik seit dem Mai 1968. Darin spielen verschiedene soziale Bewegungen eine Rolle:

Die Studi-Bewegung: Es hatte nicht in Paris angefangen, sondern in anderen Städten, wo die Lage aussichtsloser und Streiks daher naheliegender waren. Diese Streiks wurden nicht nur von den Studentlnnen und Lehrerlnnen getragen, sondern sogar von den Uni-Präsidentlnnen. Da sie zunächst erfolgreich waren, sind andere Unis ebenfalls in den Streik getreten. Die Inhalte sind eigentlich nicht hervorragend: Hauptsächlich geht es um mehr Geld. Es ist auch zu sehen, daß nicht alle Unis an den Streiks beteiligt sind. Dort, wo gestreikt wird, arbeiten etwa 50% der Studentlnnen weiter und diejenigen, die sich am Streik beteiligen, besuchen dennoch manche Vorlesungen.

Danach haben die Arbeiterlnnen-Streiks begonnen, die alle in Beziehung zum „Plan Juppé“ stehen. (hier braucht es wahrscheinlich keine großen Erklärungen - das steht alles in den Zeitungen. Trotzdem etwas zur Sache: Das Pensionsalter der Arbeiterlnnen soll ein paar Jahre heraufgesetzt werden, weil die Renten sonst angeblich nicht mehr finanzierbar seien.
Später sollen die sozialen Hilfskassen mehr Bedeutung erhalten. Diese sozialen Hilfskassen kommen nach der Sozialversicherung: Wenn diese nur 30% zahlt, kriegt man/frau den Rest, wenn er/sie sich in einer sozialen Hilfskasse eingeschrieben hat.)

Wer streikt noch?

* die Eisenbahnerlnnen (U-Bahn, Zug usw) sind am konsequentesten, sie werden kämpfen, bis Juppé seinen Plan aufgibt. In Paris fahren keine Busse, keine U-Bahnen mehr, der öffentliche Nahverkehr ist völlig zusammengebrochen. Besorgungen, die mensch normalerweise mit dem Auto in fünf Minuten erledigen würde, dauern jetzt mehr als eine, manchmal zwei Stunden. Es gibt Leute in den Vororten, die fünf Stunden brauchen um nach Paris zu kommen. Es fahren fast keine Züge mehr, lediglich der Euro-Star (Paris-London) fährt zweimal täglich, allerdings wird auch dieser Zugbetrieb von den Eisenbahnerlnnen öfter gestört.

*die Post streikt zwar auch, aber viel weniger. Die Ämter sind oft geöffnet, während jedoch die Verteilungsstellen zu 70% bestreikt werden. Privatleute bekommen normalerweise keine Post mehr. Firmenpost wird allerdings bevorzugt abgefertigt, außerdem sind private Dienste, wie die „Chronopost“ eingesprungen.

*andere Sektoren des öffentlichen Dienstes folgen langsam nach, entwickeln jedoch nicht die Stärke, wie die Eisenbahnerlnnen-Streiks.

Die Gewerkschaften

Es gibt drei Hauptgewerkschaften: die CGT, die CFDT und die F.O.

Die CFDT existiert seit 1964. Sie sympathisierte mit der 68er -Bewegung, ist christlich orientiert und tritt für Selbstverwaltung ein. Sie war und ist Sammelbecken für KP-kritische Linke, die für Selbstverwaltung sind und nicht der CGT beitreten wollen. Nicole Notat („leader“ der CFDT), wurde bei einer Demo von Mitglie-





dern der CFDT rausgeworfen, weil sie sich, wenn auch kritisch, für den „Plan Juppé" ausgesprochen hatte.

Die CGT stand immer in Beziehung zur KP. Seit den 50er Jahren ist sie gegen jede Machtergreifung, kämpfte hart gegen die 68er-Bewegung und ist immer gegen die Linken. (So hat beispielsweise der Ordnungsdienst der CGT vor ein paar Jahren der Polizei Leute ausgeliefert, die die Bullen angegriffen hatten.) Es findet im Moment ein CGT-Kongress statt, auf dem eine kleine Minderheit für die Beibehaltung mancher Artikel (Abschaffung des Systems, z.B.) eintritt. Deshalb erscheint die CGT momentan so „kämpferisch". Aber die CGT kämpft nur für eine Sache: „Wir wollen mit Juppé diskutieren!"

Die FO (Force Ouvrière) wurde von oben [als gelbe Gewerkschaft] gegen die CGT aufgebaut, nachdem 1947 durch einen großen, von der KP organisierten Streik, die Machtfrage gestellt worden war. Sie stand immer im Schatten der CGT, kommt jetzt aber in die Offensive: „Generalstreik gegen Juppé!" Dazu müßt ihr wissen, daß die FO die CNAM (caisse d'assurance-maladie, also die Krankenkasse) kontrolliert. Für sie steht viel Geld auf dem Spiel und die geplanten Reformen richten sich auch gegen die Interessen der Gewerkschaften.

Einige Ereignisse

Dienstag, 21. November: In Paris findet eine Demonstration von StudentInnen statt, die am Ende von den Bullen angegriffen wird. Drei große Gruppen entstehen: die erste Gruppe geht weiter und wird von den Bullen auseinandergetrieben. Die zweite (die Gewerkschaften) löst sich auf. Eine Gruppe von etwa 500 Leuten geht gegen die Bullen vor. Dabei veranlasst eine Gruppe von jungen (organisierten) Autonomen die Demo, ins Quartier latin zu gehen. Wir gehen schneller als die Bullen, verteilen uns über den ganzen Boulevard St-Germain, machen die Türen der „Sorbonne" kaputt und halten eine Vollversammlung ab. Ein Genosse sagt: „Wir müssen den spontanen Charakter der Bewegung schützen!" Viel Applaus.
Kurze Zeit später haben es jedoch die Gewerkschaften geschafft, Rederecht nur für die in der Uni gewählten Delegierten durchzusetzen, die sich danach mit dem Minister Bayrou treffen. Währenddessen ziehen die ganzen Leute, die eigentlich gegen die Bullen vorgehen wollten, mit ein paar Autonomen vorne und ohne Gewerkschaften über den Boulevard St-Germain. Es ist eine solidarische und kämpferische Spontandemo mit 500 oder 600 Leuten, die ab und zu von den Bullen angegriffen wird.

Am 30. November findet wieder eine Demo von StudentInnen statt mit 10 - 15.000 TeilnehmerInnen. Wegen dem Streik (Ausfall der Metro) sind es weniger als das letzte Mal. Die Demo, die zu einer Uni (Jussieu) geht, wird von den Autonomen beeinflußt. Es kommt zu harten Auseinandersetzungen mit den Bullen, an denen sich vielleicht 500 bis 2000 Leute beteiligen. Die Uni wird besetzt; die Bullen werden, teilweise vom Dach aus, mit Mollis, Steinen, Tischen usw. angegriffen. Die Bank im Inneren der Uni wird zerstört, ebenso wie die Buchhandlung und die Cafeteria. 50.000 Francs verschwinden, der Sachschaden beträgt 10 Millionen Francs. Die „Coordination" (Delegiertenversammlung) wird ebenfalls hart attackiert. Es kommt oft zu Auseinandersetzungen zwischen „Coordination" und Autonomen, weil die StudentInnen der Coordination (sie gehören der UNEF (KP), der UNEF-ID (SP) oder der CNT (Anarchosyndikalisten) an) sich zu den Kämpfen unsolidarisch verhalten. Viele Zeitungen haben danach Fotos von Leuten im Alter von 25 - 30 Jahren mit einer roten Fahne mit schwarzem Stern gebracht. Entlang der Demoroute waren Parolen wie „1 flic - 1 balle" (ein Bulle - eine Kugel), „capitalisme démission!" (Schluss mit dem Kapitalismus!) oder „faites payer les riches" (Lasst die Reichen bezahlen) zu lesen.
Es wurden auch Falschinformationen verbreitet: So behauptete „le Figaro" (rechte Zeitung), daß alles von der CNT organisiert worden sei. „Radio Libertaire", das Radio der AnarchistInnen, unterstellte sogar eine Urheberschaft der Bullen.

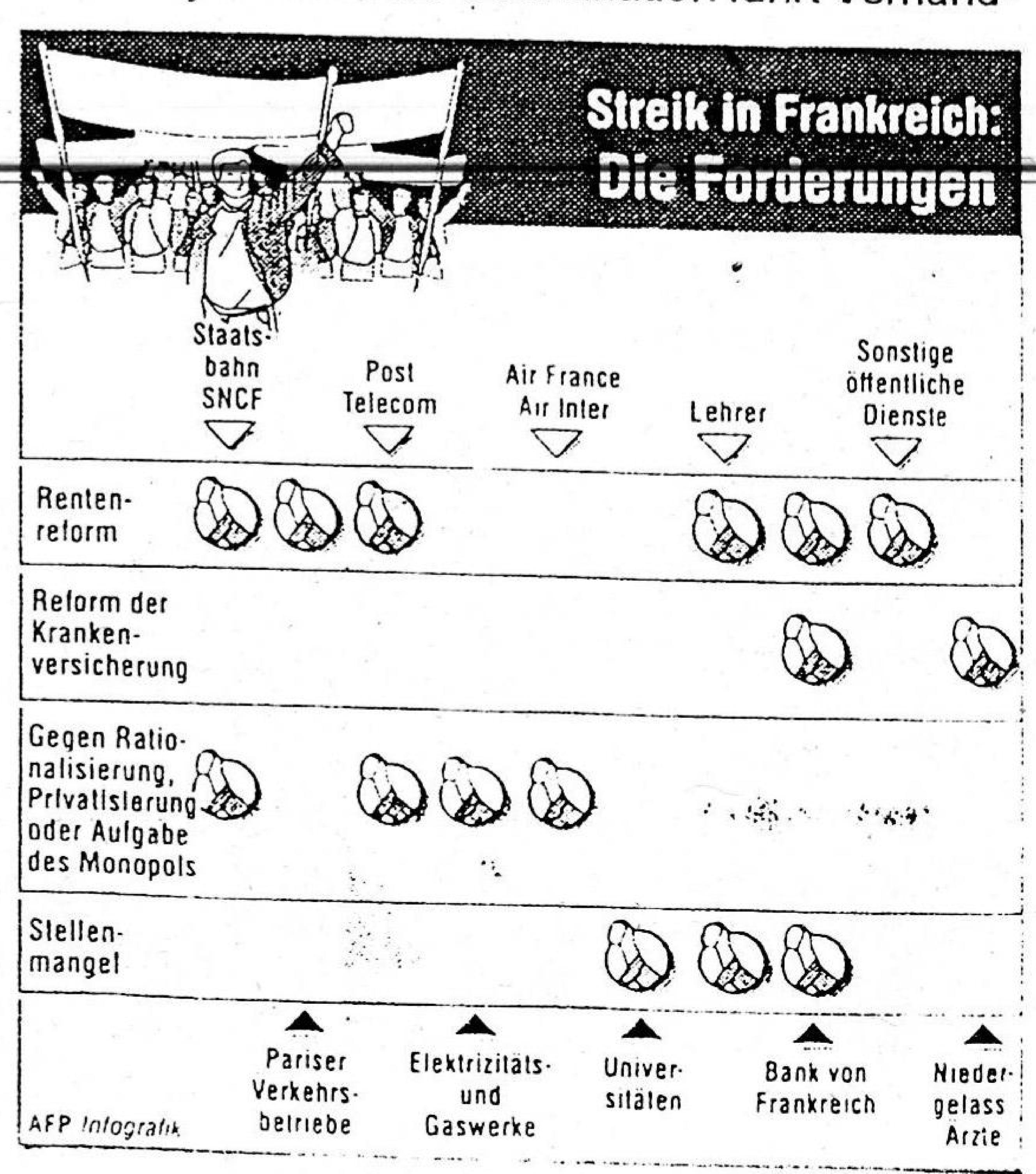
Anfang November haben in Lothringen Bergleute mit Helmen, Knüppeln und Mollis die Bullen angegriffen. Außerdem haben sie PolitikerInnen der RPR (rechte Partei, die an der Macht ist) in ihren Berkwergsstollen eingemauert und einen Bürgermeister zwei Stunden in der Mine festgehalten.

In Nantes und Montpellier gab es schwere Krawalle zwischen 200 - 300 Vermummten und den Bullen, teilweise im Stadtzentrum. Schaufenster wurden eingeschlagen, teilweise wurden Geschäfte geplündert und Barrikaden errichtet.

Die aktuelle Situation

Die Bullen greifen mittlerweile gleich nach der Demo die Leute ab. So am Donnerstag (7.12.95) als in Paris 40 Leute festgenommen wurden. In Nantes, Montpellier und Paris gibt es inzwischen viele Verurteilungen zu dreimonatigen bis einjährigen Haftstrafen.

Die Streiks bröckeln ab: die Post hört ein bißchen auf zu streiken, die EisenbahnerInnen bleiben jedoch hart. Die Unis sind durch die Streiks sowieso paralysiert und die Coordination führt Verhand-



lungen mit der Regierung. (Lustig: sie spalten sich sogar. Es gab Kämpfe zwischen Leuten der CNT und der UNEF-ID um die Kontrolle der Coordination)

Die Menschen, die sich an den Demos gegen das System beteiligt haben, fangen an, ein Bewusstsein ihrer Situation zu entwikkeln. Ihr müßt wissen, daß die „Banlieues" (sozial benachteiligte Vorstadtsiedlungen mit hohem Anteil an ausländischstämmigen Menschen) schon vor den Demos heftige Angriffe gegen die Bullen geführt haben, leider aber auch gegen soziale Einrichtungen (z.B. Kindergärten). Dies alles stand im Zusammenhang mit der Verhaftung von einigen Islamisten, die für die Jugendlichen der Vorstädte einen Kampf symbolisieren, der sich gegen Frankreich und das System richtet.



Wir finden es sehr gut, daß es jetzt in Frankreich viele Leute gibt, die bereit sind, gegen das System zu kämpfen; es gibt sicherlich einen Anerkennungsprozess zwischen den Jugendlichen aus den Banlieues und den „Weissen", die auch Mollis werfen.

Wir müssen allerdings auch klar sagen, daß die Bewegung sehr männerdominiert ist.[1] Die Bewegung ist sehr spontan; die Fragen nach Ideologie und Organisation werden nicht gestellt; es ist mehr eine neue Identität, die sich entwickelt. In Italien würde man/frau von dem „extra-legalen Proletariat" sprechen.

Die Leute, die sich an den Auseinandersetzungen beteiligt haben und die festgenommen wurden, sind „Précaires" („Prekäre", das bezieht sich auf die Arbeitsverhältnisse dieser Menschen). Sie haben kein festes Einkommen (wie normale ArbeiterInnen) sondern arbeiten hier und da in ungesicherten Jobs (z.B. als Pizza-LieferantInnen)

In manchen Unis laufen scharfe Auseinandersetzungen:

In Nanterre gegen „la fac Pasqua", eine private Uni für 170 privilegierte StudentInnen, die mit staatlichen Mitteln finanziert wurde. Oder in Saint-Denis, wo sich die Proteste gegen die Form des Unterrichts wenden. Bis vor ein paar Jahren gab es dort keine Zensuren und viele Profs waren Revolutionäre in den 70ern. Eigentlich kommt St.-Denis von der Universität von Vincennes, an der Marcuse gelehrt hat und wo beinahe alle „Maos spontex"[2] bzw. Autonome waren.

Es ist also alles gegeben, damit eine große Bewegung entstehen kann.

[1] Am 25. November fand eine Demo für die Rechte der Frauen statt. 100 Faschisten haben eine Gegen-Demo (mit Parolen gegen Abtreibung usw.) gemacht, die von den Bullen geschützt wurde. Auf der „Frauen-Demo" wurden Parolen von Männern gerufen, es gab sogar ein paar Ketten von Männern mit Knüppeln. Aber am Anfang der Demo gingen fast nur Frauen, sogar ungefähr 20 Frauen, vermummt wie die Zapatistas, mit einem Transparent: „Du Chiapas à Paris, ôtons les voiles, osons les cagoules!" (Von Chiapas bis Paris, legen wir den Schleier ab, ziehen wir die (Hass-)kappen an) und Parolen wie: „Patriarcapitalisme, ya basta!"

[2] Von 69 bis 71 gab es die „Gauche Prolétarienne" (GP), die spontaneistischen Maos. (Das heißt Sabotage, Nieder mit den Chefs, usw.) Die Autonomen in Frankreich haben hier ihre Ursprünge, genauso wie das Autonomiekonzept aus der Arbeiterbewegung stammt.

Interview der Jungen Welt mit dem ÖTV-Mitglied Heinz Hackelberg

Oft wird argumentiert, daß die Streikbewegung in Frankreich ein deutlicher Ausdruck für die Stärke der französischen Gewerkschaften im Vergleich zu den deutschen sei. Stimmen Sie dem zu?

In Frankreich klagt die Presse darüber, daß die französischen Gewerkschaften viel schwächer als die deutschen seien. Der Organisierungsgrad liegt bei den vielen unterschiedlichen Gewerkschaften, die nicht in einem Dachverband vereint sind, bei höchstens 15 Prozent. Und das sind sicher noch geschönte Zahlen von den Gewerkschaften selbst.

Doch die französischen Arbeiter haben eine stärkere Kampftradition. Die CGT, die sogenannte kommunistische Gewerkschaft, ist sehr sozialdemokratisch. Aber ihren Basismitgliedern gibt sie natürlich das Kampf- und Klassenbewußtsein, daß es doch noch einen Kapitalismus und eine Arbeiterklasse gibt.

Existieren neben dem unterschiedlichen Organisierungsgrad noch andere Unterschiede zu den Streikerfahrungen in Deutschland?

In Frankreich geht ein Gespenst um: die von den Streikenden selbst gewählten Streikkomitees, die darüber bestimmen, ob ein Streik beendet wird oder nicht. Sie lassen sich nichts vorschreiben, wie man es in Deutschland kennt. Ein Beispiel dafür ist der ÖTV-Streik von 1992. Dort hat gegen den Willen der Mehrzahl der Gewerkschaftsmitglieder sogar die ÖTV-Führung selbst den Streik abgebrochen.

In den französischen Streikkomitees bestimmen alle, ob sie Mitglieder der Gewerkschaft sind oder nicht, über den Streik. Die Gewerkschaften haben klipp und klar die Tür zugeknallt, sie führen keine Verhandlungen. Eher werden weitere Beschäftigte in den Arbeitskampf gehen. Insofern ist nicht sicher, daß der Ausstand abflauen wird, wenn nicht die Regierung einen vollen Rückzieher macht.

Nicht zuletzt hatten die Gewerkschaften oft eine ordnungspolitische Funktion inne. Können die Streikkomitees in dieser Hinsicht einen Gegenpol zur gewerkschaftlichen Führung bilden?

Das hat sich oft schon dahin entwickelt. Die Arbeiter haben in ihrer großen Mehrzahl doch gezeigt, daß man sie nicht ungestraft angreifen kann. Die Gewerkschaftsführung wird gezwungen, weiter zu streiken, wenn nicht konkrete Zugeständnisse kommen: Das kann nur die Rücknahme des Regierungsplanes sein. Ich glaube kaum, daß es möglich sein wird, die Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit zu zwingen.

Gehen die Streikkomitees auf eine längere Tradition zurück, oder haben sie sich spontan entwickelt?

Sie sind Ergebnis bitterer Erfahrungen. Im Mai 1968 haben schon zigtausend gerade jüngere Arbeiter gemerkt, wie der Streik der Gewerkschaft CGT abgewürgt worden ist. Immer mehr Betriebe haben die Erfahrung gemacht, daß ein Streik besser geführt wird, wenn sie die Kontrolle selbst innehaben und die Streiks untereinander koordinieren. Es gab viele Ausschüsse in den Gewerkschaften – gebildet aus Arbeitern, die in ihren Betrieben großes Ansehen genossen. Diese haben dann kleine, unabhängige Gewerkschaften gebildet und lassen sich nicht einfach zur Seite schieben:

Das sind nicht irgendwelche Leute, die als Studenten der Achtundsechziger wie Cohn-Bendit mal das Maul ganz weit aufgerissen haben. Nein, es sind Leute, die 20 Jahre und länger in ihrem Betrieb arbeiten und bei ihren Arbeitskollegen als ehemalige oder auch gegenwärtige CGT-Mitglieder großen Einfluß und Respekt haben.

Interview: Anton Landgraf

Frankreich:

Zwischenbilanz

Massenstreiks haben die Lage geändert

In den ersten Tagen des neuen Jahres gab es noch immer eine Reihe von Streiks, vor allem bei den Eisenbahnern. In den meisten Fällen – außer in Marseille, wo der Kampf im städtischen Nahverkehr weiterlief und die Polizei gewalttätig gegen Streikposten in den Busdepots vorging – ging es dabei um die Bezahlung des Lohnausfalls durch die wochenlangen Streiks. Gegen Ende der Woche zeichnete sich hierbei ein Kompromiß weitgehend zugunsten der Streikenden ab.

Die große Streikwelle im öffentlichen Dienst ist vorbei. Obwohl der Konflikt an verschiedenen Fragen jederzeit wiederaufflammen kann, ist Zeit für eine Zwischenbilanz.

Die erste und wichtigste Feststellung zur Einschätzung dieser Bewegung ist, daß sie einen bedeutenden Einschnitt markiert. Die Regierung Chirac/Juppé konnte sich nur retten, indem sie Konzessionen machte, einen Teil ihrer Pläne aufgab oder auf Eis legte. Das Kräfteverhältnis hat sich zugunsten der abhängig Beschäftigten und zuungunsten des Kapitals und der Rechtsregierung verschoben. Auf europäischer Ebene haben sich die Chancen verbessert, die Offensive des Kapitals zur Senkung der Reallöhne und zum weiteren Abbau der sozialen Errungenschaften sowie die Realisierung einer EU-Währungsunion im Interesse des Kapitals **und nach deutschem Diktat aufzuhalten.** Die abhängig Beschäftigten, die den Kampf getragen haben, und die vielen Millionen, die ihn mit Sympathie verfolgt haben, gehen mit gestärktem Selbstbewußtsein aus ihm hervor.

Diese Verbesserung des Kräfteverhältnisses erfolgt allerdings vor dem nach wie vor bedrückenden Hintergrund einer Situation der Defensive. Warum ist in der Privatwirtschaft nicht nennenswert gestreikt worden? Die Mehrheit der Beschäftigten dort stand auf der Seite der Streikenden und war sich dessen bewußt, daß diese sich auch für ihre Interessen schlugen. Das erklärt, wie willig die mit dem Streik verbundenen Unannehmlichkeiten akzeptiert wurden, aber auch, wie viele Solidaritätsadressen und finanzielle Unterstützung die Streikenden von Beschäftigten der Privatwirtschaft erhielten. So gut wie alle Beobachterinnen und Beobachter sind sich darüber einig, daß die kombinierte Wirkung der Niederlagen der letzten 15 Jahre – einschließlich der Zerschlagung traditioneller Bastionen der Arbeiterbewegung wie im Stahlbereich – und die massive Erwerbslosigkeit, die Furcht vor dem Verlust des eigenen Arbeitsplatzes, der Hauptgrund dafür ist, daß die Beschäftigten der Privatwirtschaft sich in ihrer überwältigenden Mehrheit dem Streik nicht angeschlossen haben. Damit ist also ein strukturelles Problem berührt, auf das es keine einfache Antwort gibt.

Ein zweites Problem besteht in der Abwesenheit glaubwürdiger politischer und gesellschaftlicher Perspektiven. Die PCF (Französische Kommunistische Partei) war gegen den Rücktritt Juppés, der in den großen Massendemonstrationen massiv gefordert worden war, gegen den Sturz der Regierung und Neuwahlen. Die traditionellen Linksparteien formulieren keine globale inhaltliche Alternative mehr, und sei es eine reformistische, zur Politik der Rechtsparteien. Ihre Mehrheitspartei, die sozialdemokratische PS, hatte ja selbst die Periode der „sozialen Grausamkeiten" zugunsten der Wettbewerbsfähigkeit des „eigenen" Kapitals eingeleitet. Die PCF ist eine minderheitliche Oppositionspartei, die sich eine progressive Ablösung der Rechtsregierung nur als gemeinsame parlamentarische Mehrheit mit der PS vorstellen kann – aber dafür gibt es keine Grundlage. Es ist diese Paralyse der traditionellen Linken, die Chirac und Juppé an der Macht hält.

Außerhalb der traditionellen Linken konnte eine Organisation wie die *Ligue Communiste Révolutionnaire* (LCR/IV. Internationale), nach jahrelanger Erosion ihrer Kräfte, in der Bewegung an Einfluß hinzugewinnen. Die radikale Linke insgesamt geht mit neuem Mut aus ihr hervor. Es darf jedoch nicht unterschätzt werden, in welchem Maße die Schwierigkeit, eine glaubwürdige Alternative zum bestehenden System zu formulieren und zu verankern, nach wie vor auch auf ihren Entwicklungsmöglichkeiten lastet. Es scheint, trotz aller Bemühungen, ein qualitativer Fortschritt in der Neuformierung einer radikal linken Kraft aufgrund des Schubs durch die Bewegung nicht in Sicht. Im Gegenteil, auf dieser Ebene gab es mitten in den Wochen des Massenstreiks einen Rückschlag: Die CAP (Konvergenz für eine Progressive Alternative) hat sich auf einer Konferenz

dazu entschieden, ihren Charakter als Zusammenschluß von Kräften, die für eine solche Neuformierung eintreten, aufzugeben und die politische Landschaft statt dessen um eine weitere kleine Linksformation zu „bereichern".

Bei den Gewerkschaften hingegen tut sich einiges. Die CGT (650 000 Mitglieder, davon 470 000 in Erwerbsarbeit) wird sich verstärken können. Zugleich steht sie vor durchaus komplizierten internen Diskussionen – zur Frage des drohenden Rückfalls in Selbstherrlichkeit gegenüber den anderen Gewerkschaften, aber auch zu den Schwankungen ihrer Führung, die die Forderung nach einem landesweiten Generalstreik nicht aufgenommen hatte.

Die CFDT ist inzwischen fast so stark wie die CGT. Auf ihrem letzten Kongreß im März 1995 hatte die linke Opposition 35 Prozent der Delegierten, in einigen inhaltlichen Fragen sogar eine Mehrheit. Doch diese breitere Opposition setzte sich gegen die rechtsreformistische Führung nicht durch, weil sie keine gemeinsame personelle Alternative hatte. Die Opposition fordert heute einen außerordentlichen Kongreß, um mit dem offenen Verrat der Bewegung durch die Führung abzurechnen. Über die Opposition hinaus hat sich in den Streiks die *CFDT en lutte* (CFDT im Kampf) entwickelt, die das gleiche fordert. Die Führung wird sich wohl weigern, einen demokratischen Kongreß einzuberufen. Vielleicht wird sie – wieder – mit Ausschlüssen reagieren. Jedenfalls ist sie in Schwierigkeiten.

Eine Reihe von kleineren Gewerkschaften (so im Erziehungs- und Gesundheitswesen) gehen gestärkt aus der Bewegung hervor. Zum Teil, wie die SUD bei der Post und der Télécom, sind sie durch Ausschluß aus der CFDT entstanden. Die SUD (8000 Mitglieder, 60 000 Stimmen bei Wahlen) tritt für Gewerkschaftseinheit, Basisdemokratie und radikal emanzipatorische Positionen ein. Ihre Ausstrahlung ist in den letzten Wochen enorm gewachsen.

Der „Plan Juppé" ist im Kern nicht vom Tisch, obwohl die Erhöhung der Lebensarbeitszeit und einiges mehr zurückgezogen wurde. Die (abermalige) Sonderabgabe von 0,5 Prozent auch auf sehr kleine Einkommen ist beschlossene Sache. Über weitere Maßnahmen wird es monatelange Verhandlungen geben. Ende Januar soll eine Verfassungsänderung durchs Parlament gepeitscht werden, derzufolge in Zukunft das Parlament jedes Jahr über den Haushalt der Sozialversicherung entscheiden soll. Genau das – die Aushebelung der bisherigen Selbstverwaltung – war das Hauptmotiv für die traditionell antikommunistische *Force Ouvrière* (FO, etwa 350 000 Mitglieder), sich mit an die Spitze der Bewegung zu setzen (worüber intern gestritten wird). Massenproteste zu diesem Termin sind nicht ausgeschlossen.

Zuletzt hat die Regierung „Arbeitszeitverkürzungen" vorgeschlagen – flexibel und bei Lohneinbußen, versteht sich. Bei den Demonstrationen gab es viele Transparente mit der Forderung nach der 32-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Die Bewegung gegen Erwerbslosigkeit und soziale Ausgrenzung (AC!) fand in den letzten Wochen ihren zweiten Atem. Am 20. Januar organisiert sie zusammen mit den wichtigsten Gewerkschaften eine gemeinsame Versammlung. Auch dies kann zum Ausgangspunkt neuer Massenaktivitäten werden.



„Castor" – Ein Einsatz für Alle!

Am 24., 25. April 1995 fand er nun doch statt, der Nukleartransport, der in der Öffentlichkeit landläufig als „Castor-Transport" bezeichnet wurde. Wieso eigentlich Castor? Wer oder was ist Castor?
Castor ist die Abkürzung für die englische Bezeichnung „Cask for Storage and Transport of Radioactive Material" (Tonne für Lagerung und Transport von radioaktivem Material) und steht für einen Sicherheitsbehälter, der zum Transport von radioaktivem Material bestimmt ist.

Der Transport konnte endlich wie vorgesehen am 24. April 95 beginnen. Bereits seit Januar 1995 hielten gewalttätige Kernkraftgegner den Bundesgrenzschutz und die Polizeien der Länder in Atem. Eine Vielzahl von Anschlägen auf die vermeintlichen Transportstrecken ließen das Szenario während des eigentlichen Einsatzes erkennen und erforderten auch eine für den BGS bisher wohl einmalige Vorbereitung.
Die vorgesehene Eisenbahn-Fahrstrecke betraf insbesondere die Länder Baden-Württemberg, Hessen und Niedersachsen in ihrer Zuständigkeit. Diesen Ländern oblag auch die Einsatzführung in den jeweiligen Landesbezirken entlang der Fahrstrecke; der Bundesgrenzschutz bildete in der gemeinsamen Einsatzorganisation Bund/Land den eigenen Einsatzabschnitt Streckenschutz.
Für den Bundesgrenzschutz ergab sich damit der Auftrag, die Stetigkeit des Nukleartransports auf der Schiene von Philippsburg bis Dannenberg zu gewährleisten und im Rahmen des Streckenschutzes gegen den Transport gerichtete Gefahren abzuwehren und Störungen zu beseitigen.
Nicht einfach, wenn man bedenkt, daß der „räumliche Einsatzabschnitt" des BGS ca. 630 km umfaßte und praktisch während der gesamten Fahrstrecke Gefahren durch die militante Kernkraftgegnerszene lauerten.

Konzeptionell begegnete der Bundesgrenzschutz der diffizilen Lage am 24. und 25. April mit einem Großaufgebot an Einsatzkräften und Einsatzmitteln im Streckenschutz und in der Begleitung mit Einsatzkräften auf dem Transportzug selbst.
Noch nie zuvor ging der BGS beim Kräfteansatz so sehr an den Rand des Möglichen wie bei diesem Einsatz, zeitweise waren ca. 4 600 PVB des BGS im Einsatz. Lange Einsatzzeiten in kurzer Folge verlangten den eingesetzten PVB alles ab. Die Fliegergruppe transportierte Einsatzkräfte kurzfristig an Brennpunkte und trug in besonderem Maße dazu bei, daß die Belastbarkeit der PVB nicht „überreizt" wurde.
Mit Erfolg, wie sich zeigen sollte:
Auf der Schiene rollte der Castor-Transport am 24. April 95 um 20.10 Uhr aus Philippsburg ab und erreichte die Umladestation Dannenberg plangemäß (!) am 25. April 1995 gegen 10.00 Uhr.
Ein großer Verdienst aller eingesetzten Kräfte, die die Vielzahl von Störungen und Aktionen, die sich gegen den Transport richteten entschärften und so dem Zug freien Lauf ermöglichten.
Manchmal gehört auch das Glück des Tüchtigen dazu...

Durch Göttingen rollte der Transport eine Stunde früher als geplant, zu früh für die dortigen Kernkraftgegner, die sich mit der Planung ihrer Aktionen an dem mehr oder weniger offen bekannten Fahrplan orientierten.
Statt der angekündigten Blockade gab's lange Gesichter und vom Transportzug nur die Rücklichter – that's life. Auch im Nahbereich des Zielbahnhofs Dannenberg hatte sich ein sehr aktiver Teil des polizeilichen Gegenübers offensichtlich geirrt. Nicht über die nachhaltig mittels extra georderter Langholzwagen und brennender Barrikaden blockierte Strecke Uelzen-Dannenberg, sondern über Lüneburg rollte der Transportzug pünktlich in die Umladestation.

Und so stellte sich der Castor-Transport aus Sicht der Verantwortlichen des eingerichteten Koordinierungsstabes beim Grenzschutzpräsidium Nord dar:

(...) Der Nachteinsatz erschwerte die Flugeinsatzmaßnahmen. Die Verwendung von optronischen Restlichtverstärkerbrillen, eines luftgestützten Wärmebildgerätes und die Integration von Luftbeobachtern der zuständigen Bahnpolizeiämter, der Aufbau eigener mobiler Kraftstoffversorgung und die Unterstützung durch Flugplätze der US-Army und der Bundeswehr sowie die Stillegung von Nachttiefflugstrecken durch die Flugsicherung schufen die Voraussetzungen für den Einsatz von

- 18 Verbindungs- und Beobachtungshubschraubern (VBH),
- 14 leichten Transporthubschraubern (LTH),
- 15 mittleren Transporthubschraubern (MTH), und
- 34 Versorgungs-Kfz.

Mit mehr als 340 Flugstunden und über 13 000 km Fahrtstrecke der Versorgungs-Kfz leisteten 206 PVB der Grenzschutz-Fliegergruppe und 165 PVB aus den zuständigen Bahnpolizeiämtern einen wesentlichen Beitrag zum Gelingen des Einsatzes.

(...) Die Kräfte „sprangen" bei diesem taktischen Konzept durch die nächtliche Bundesrepublik. Zugleich war diese Eingreifabteilung als Einsatzpotential auf alle denkbaren Unterstützungseinsätze an anderer Stelle vorbereitet.

(...) versprach ein interessanter und nicht alltäglicher Einsatz zu werden. Die drei Ausbildungszüge 2. Dienstjahr der Hundertschaft waren hochmotiviert und für diese Einsatzart hinreichend ausgebildet worden.



Dort konnten die Einsatzkräfte der Abteilung erstmals den unverhüllten Castor bestaunen.
Die Abteilung wurde nach insgesamt über 30 Stunden Einsatz, ca. 1 400 km Fahrleistung je Kfz und um die Erfahrung einer neuen Einsatzvariante reicher in die Heimatstandorte entlassen".

(...) Von den Medien wurde das in dieser Form erstmals praktizierte Konzept einer einsatzbegleitenden Öffentlichkeitsarbeit – unter Einbeziehung des BGS – gut angenommen. Dadurch gelang es, Verständnis für die polizeilichen Maßnahmen zu erwecken und insgesamt ein positives Bild von den eingesetzten Polizeikräften zu vermitteln."

(...) Unterwegs hörten und sahen die begleitenden Polizeibeamten des BGS aufmerksam die Reaktionen der Bevölkerung: Pfiffe und Buhrufe, aber auch freundliches Winken von Anwohnern verdeutlichten die unterschiedlichen Auffassungen im Hinblick auf die Einlagerung des Behälters in das Zwischenlager Gorleben.
Pünktlich erreichte „unser" Zug Dannenberg-Ost, was eine politische Wochenzeitschrift selbstverständlich negativ (!) kommentierte".

Die insbesondere in der Nacht vom 24./25. April 95 sich überstürzenden Ereignisse wie etwa

- das Auffinden einer verdächtigen Gasflasche an der Fußgängerbrücke des Bahnhofs Kreiensen,
- eine anonyme Bombendrohung für den Bahnhof Kreiensen
- eine anonyme Bombendrohung für den Eisenbahntunnel der ICE-Strecke bei Bovenden,
- das Feststellen verdächtiger Personen am Bahnkörper bei Bovenden durch die Besatzung des Wäremebildwagens,
- das Auftreten mehrerer nächtlicher Radfahrergruppen in sensiblen Bahnkörperbereichen im Südabschnitt der Hundertschaft,
- ein Blockadeversuch durch mehrfaches Ziehen der Notbremse in einem Eilzug von Einbeck nach Kreiensen

und vieles andere mehr forderten zur Gefahrenabwehr für den im Anmarsch befindlichen Castor-Transport den konzentrierten Einsatz und das Zusammenwirken aller Sicherheitsorgane im Einsatzraum.
Die jungen Polizeianwärterinnen und Polizeianwärter der Hundertschaft gewannen in dieser Nacht nachhaltige Einsatzerfahrungen für ihren zukünftigen Beruf.

Staatsschutzlügen haben kurze Beine!

Zur Geschichte und Gegenwart der Repression gegen linke Bewegungen.

Informationsveranstaltung 28.1.96 19 Uhr Börse Wuppertal Gerichtsveranstaltung 1.2.96 Amtsgericht Wuppertal 11.30 Zimmer 908

"Die autonome Szene in Wuppertal verfolgt in Unterstützung der sogenannten"Unregierbaren" planmäßig das Ziel, die Einsatzbereitschaft und Motivation der Beamten des Staatschutzes zu demoralisieren.. Damit wurde und wird massiv auf die Beseitigung bzw. Erschütterung der verfassungsmäßig garantierten Sicherheit der Bevölkerung eingewirkt.Das dies das erklärte Ziel der "Autonomen" ist, ergibt sich augenfällig aus der Flugschrift mit der Überschrift" Weg mit der STASI! Für die sofortige Auflösung der Wuppertaler Staatsschutzabteilung!" *Oberstaatsanwalt Majorowsky*
" In verleumderischer Art und Weise wird die rechtsstaatliche, polizeiliche Arbeit des Präsidialbüros gleichgesetzt mit der willkürlichen Handlungsweise der Staatssicherheit der ehemaligen DDR und im Flugblatt als "miese STASI-Methode" tituliert. Weiterhin wird der Vorwurf der Vorgangsmanipulation- und lüge erhoben, sowie die These eines "Nazinetzwerkes innerhalb der Wuppertaler Polizei" aufgestellt, das systematisch Ermittlungsarbeit gegen rechts sabotiert"
Abschluß des Flugblattes bildet die unverblümte Drohung, die Akten des Präsidialbüros selber " beschlagnahmen" zu wollen und die Räume zu versiegeln." *Oberkommissar Vajes:*

"Vor diesem Hintergrund fordern wir die politisch Verantwortlichen auf: den Staatsschutz aufzulösen und entwaffnen zu lassen, die Akten, die die jahrelange Bespitzelung dokumentieren, dem Bürgerkomitee und anderen Betroffenen zur sicheren Aufbewahrung zu übergeben und die beim Staatsschutz eingesetzten Beamten ihren Fähigkeiten gemäß, aber diesmal für die Gesellschaft sinnvoll, einzusetzen, z.B als Schülerlotse, Verkehrskaspar, Spülkraft in der Polizeikantine. Falls unerwarteterweise unseren berechtigten Forderungen nicht nachgekommen wird, sieht sich das Bürgerkomitee gezwungen eines wunderschönen Tages dem Vorbild unserer Brüder und Schwestern in der DDR nachzueifern, und die entsprechenden Akten selbst zu beschlagnahmen und die Arbeitsräume der politischen Polizei zu versiegeln." *aus dem Originalflugblatt 1994.*

Es ist wiedereinmal soweit. Wuppertaler Staatsschutz und Staatsanwaltschaft strengen wieder Prozesse gegen Linke an . Diesmal wollen sie Stephan wegen der 1.Mai Demonstration 1994 den Prozeß machen. Sie werfen ihm schweren Landfriedensbruch vor! Nachdem die Versuche kläglich gescheitert waren, eine ganze Gruppe von uns wegen "Zersetzung der Polizei" anzuklagen, (wir erinnern uns, die Schlapphutaktion bei Staatschützer Stürmer im Mai 94, sollte den Polizeiapparat in Wuppertal zerstört haben), gehen sie jetzt gegen einzelne vor. Mit 44 unbekannten Vermummten soll Stephan vermummt, aber -polizei -bekannt das Auto des

Staatschutzes verbeult und gefärbt haben. Als Zeugen der Anklage haben die Staatsschützer sich selbst in den Zeugenstand gerufen und werden -dem polizeilichen Theaterworkshop sei dank - ihr bestes geben... Grund genug, unsererseits an die Tätigkeiten des Wuppertaler Staatsschutzes zu erinnern. Es ist unerträglich, das ausgerechnet die Beamten, die maßgeblich am Aufbau der faschistischen Strukturen in der Kampfsportschule HAK PAO in Solingen mitgewirkt haben, gegen links das Zeugenbein schwingen. Die Fälscher, Schnüffler und HelfersHelfer der Faschisten im Polizeipräsidium sollen es bei ihren Lügen nicht so einfach haben. Deswegen werden wir verstärkt mit dem Wissen über diese kriminelle Vereinigung Wuppertaler Staatschutz in die Öffentlichkeit gehen.
Das die Repression gegen die Linke nicht neu ist oder nur uns betrifft , ist eine Binsenweisheit. Trotzdem ist die oft brutale und blutige Spur der Repression durch die Jahrzehnte in Vergessenheit geraten. Generationen von KommunistInnen, PazifistInnen, Militanten und Autonomen knapsen an ihren Kampf- und Repressionserfahrungen, es gibt nur wenig Vermittlung von den Erfahrungen, die kämpferische Menschen mit diesem "freiheitlichen Staat" BRD machen mussten. Wir wollen, das die Menschen, die heute gegen Neonazis , gegen Abschiebungen und die rassistische Polizei kämpfen, von dem Vergangenen , aber nicht Vergessenen erfahren. Deswegen haben wir Karl Stiffel von der "Initiativgruppe für die Rehabilitierung der Opfer des Kalten Krieges" eingeladen. Er wird uns von Menschen berichten, die für politische Gefangene Geld gesammelt haben oder illegale kommunistische Zeitungen gekauft haben, und dafür wegen "Beihilfe zur Vorbereitung zum Hochverrat" zu Gefängnis und Zuchthausstrafen verurteilt wurden.
Oliver Tolmein, der nicht nur journalistisch engagiert, sondern auch politisch mit den sozialen Bewegungen und Kämpfen verbunden ist, wird einen Überblick über Widerstand und Repression in den siebziger und achtziger Jahren geben. Weiterhin wird er über die Kriminalisierung der Zeitschrift RADIKAL berichten.

Stellt Öffentlichkeit her! Besucht den Prozeß am 1.Februar. Sammelt für das Rechtshilfekonto!
Staatsschutzlügen haben kurze Beine!

mit **Tante Elfriede,** dem einzigen weißen Schaf im Wuppertaler Polizeipräsidium. Tante Elfriede wird zur Einstimmung einen Ton-Dia-Vortrag zum Wuppertaler Staatschutz halten.

eine **VertreterIn des "Bürgerkomitees für die Auflösung des Wuppertaler Staatschutzes"** wird über die zwielichten Aktivitäten der Wuppertaler Staatschützer berichten, die sich - nach wie vor rege - mit faschistischen Gruppen austauschen und über den am 1. Februar anstehenden Prozeß gegen Stephan wegen der 1.Mai Demo informieren.

Karl Stiffel. Kommunist und Mitbegründer der FDJ in Westdeutschland berichtet über die KommunistInnenverfolgung in den fünfziger Jahren und über den Kampf für die Rehabilitierung. Karl Stiffel saß selbst 22 Monate bei Adenauer im Gefängnis und ist heute Geschäftsführer der "Initiativgruppe für die Rehabilitierung der Opfer des Kalten Krieges"

Oliver Tolmein, Journalist und Publizist aus Hamburg, wird über die staatliche Repression in den Siebziger und Achtzigern berichten und einen Schwerpunkt auf die aktuellen Verfahren gegen die Zeitschrift RADIKAL und die Massenverfahren gegen die autonome Antifa (M) setzen.

Staatsschutzprozeß gegen Stephan am 1. 2. 96 vor dem Amtsgericht wegen der 1.Mai Demo 1994 wegen schwerem Landfriedensbruch 11.30 Zimmer 908.

Der Zug ist noch nicht abgefahren...



»...Ich übernehme die politische Verantwortung für die Ereignisse in Bad Kleinen«

Innenminister Seiters in seiner Rücktrittsrede am 4.Juli 1993

»...Dann traten zwei Beamte an den reglos daliegenden Grams heran. Der eine Beamte bückte sich und schoß mehrmals auf den Grams. [...] Der Beamte zielte auf den Kopf und schoß, aus nächster Nähe, wenige Zentimeter vom Kopf des Grams entfernt. Dann schoß auch der zweite Beamte auf Grams, aber mehr auf den Bauch oder die Beine. Auch der Beamte schoß mehrmals.«

Zeugenaussage einer Kioskverkäuferin am Bahnhof von Bad Kleinen

Ab dem 6.November 1995 werden in dem Verfahren gegen Birgit Hogefeld, Gefangene aus der RAF, vor dem Oberlandesgericht Frankfurt/Main die Ereignisse um die Verhaftungsaktion und die Erschießung von Wolfgang Grams im Juni 1993 in Bad Kleinen –vielleicht zum letzten mal– öffentlich zur Sprache kommen.

Wolfgang Grams

Geschichte wird gemacht – kommt zum Prozeß!

Gerichtskomplex Frankfurt: Konrad-Adenauer-Straße / Eingang Hammelgasse (gegenüber Vilbeler Straße) (ebenerdig) / Nähe S- Bahnstation Konstabler-Wache -

Nächste Prozeßtermine

Dienstag	09.01.96	9.30 Uhr
Dienstag	16.01.96	9.30 Uhr
Dienstag	23.01.96	9.30 Uhr
Montag	05.02.96	9.30 Uhr
Dienstag	13.02.96	9.30 Uhr
Dienstag	20.02.96	9.30 Uhr

Dunya çapında güçlü kadın kurtuluş hareketler kurmak için

enternasional Kadın/Lezbiyen Mücadele Günü
internationales Frauen/Lesbenkampftag

8 März
8 Mart

Vorbereitungstreffen - Hazırlanma Toplantısı
19.1.96 20°° h
Hälehaus, Waldemarstr. 36

yaşasın enternasiyonal feminist dayanışma

Hoch die internationale feministische Solidarität

für den Aufbau von starken Frauenbefreiungsbewegungen weltweit

FORUM

entwicklungspolitischer Aktionsgruppen

-Die Zeitschrift des BUKO-

Unser aktuelles Schwerpunktthema (Nr.199/95):

DrogenVerhältnisse

FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen
Buchtstr. 14/15, 28195 Bremen
Tel. 0421-32 51 56, Fax 33 78 177
PGA Hamburg, Sonderkonto FORUM
BLZ 200 100 20
Konto 66 69-209

Potsdamerstr. 180 Eintritt frei!
Uhf Kleistpark/Yorckstr. Bus 148

Programm im EL Locco

Fr.19.01. um 19.00: Gemeinsam mehr erreichen;
Info- und Diskussionsveranstaltung

Mo.22.01. um 21.00: Sacco und Vanzetti; Video
!im Cafe Cralle im Wedding, Hochstätterstr.!

Di.23.01. um 19.00: Wertvolle Jahre - der Anarchist Horst Karasek, Widerstand gegen die Startbahn;
Video und Vortrag

um 21.00: Was wäre der Staat ohne seine Mauern? ... und ohne seine Spitzel?
Video und Vortrag

Mi.24.01. um 20.00: Narziá und Psyche; Video, Ungarn 1980

radikal

RAVE

RADICAL RAVE lädt ein zum Untertauchen in der **KÖPI/DANCEHALL**
(Köpenickerstr. 137 / Mitte)

am 20. 1. ab 23 Uhr

DJ MM (B, hardtrance)
DJ Johann (Pl, hardtrance)
DJ Vibe (Hi, various)
DJ Wolle (B, acid)

SOLIPARTY für die Betroffenen im radikal-Verfahren
(13. 6. 95 Durchsuchungen wg. Kriminalisierung der linksradikalen Zeitschrift „radikal", K.O.M.I.T.E.E., RAF, AIZ,)

Liebe Grüße an die Untergetauchten: Uli, Frank, Julia, Mattes, Bernhard, Thomas und Peter

Monatag, den 26.Januar um 20 Uhr, Vorbereitungstreffen zu Aktivitäten zum 10.Jahrestag von Tschernobyl im Ökodorf/KAA14, Kurfürstenstr.14, linker Seitenflügel 3.Stock

15 Jahre Ermittlungsausschuss



mit dem
frauenchor "judith's krise" um 22.30 uhr

PARTY



Sa 20.1.
14 UHR
Demonstration
„radikal und mietfrei
ins nächste Jahrtausend"
Rosa Luxemburg Platz
zum Helmholtzplatz,
für Kinderbetreuung wird gesorgt
Kopi, Köpenickerstr. 137,
Abschluß-
party

im EX

20.1.96

ab 21.00

Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin